

ARCHIV FÜR SOZIALGESCHICHTE



# Archiv für Sozialgeschichte

Herausgegeben von der  
Friedrich-Ebert-Stiftung

58. Band · 2018

Verlag  
J. H. W. Dietz Nachf.

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von:

BEATRIX BOUVIER

KIRSTEN HEINSOHN

THOMAS KROLL

ANJA KRUIKE

PHILIPP KUFFERATH (Geschäftsführender Herausgeber)

FRIEDRICH LENGER

UTE PLANERT

DIETMAR SÜSS

MEIK WOYKE

Redaktionsanschrift:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Tel. 02 28/8 83 – 80 57, Fax 02 28/8 83 – 92 09

E-Mail: [afs@fes.de](mailto:afs@fes.de)

Herausgeberin und Verlag danken Herrn Martin Brost für die finanzielle Förderung von  
Bearbeitung und Druck dieses Bandes.

ISSN 0066-6505

ISBN 978-3-8012-4250-3

© 2018 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag und Einbandgestaltung: Bruno Skibbe, Braunschweig

Satz: PAPHYRUS – Lektorat + Textdesign, Buxtehude

Druck: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2018

# Inhalt

## BEITRÄGE ZUM RAHMENTHEMA

»DEMOKRATIE PRAKTIZIEREN. ARENEN, PROZESSE UND UMBRÜCHE POLITISCHER PARTIZIPATION IN WESTEUROPA IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT«

<i>Anja Kruke/Philipp Kufferath</i> , Einleitung: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken. Aktuelle Forschungen und Narrationen zur Demokratiegeschichte in Westeuropa.....	3
<i>Niels Grüne</i> , Ländliche Gesellschaft und demokratische Partizipation. Politische Translokalisierung in deutschen Regionen vom späten Ancien Régime bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts .....	21
<i>Theo Jung</i> , Auftritt durch Austritt. Debattenboykotts als parlamentarische Praxis in Großbritannien und Frankreich (1797–1823) .....	37
<i>Anne Engelst Nørgaard</i> , A Battle for Democracy. The Concept of Democracy in the Constitutional Struggle, Denmark 1848–1849 .....	69
<i>Thomas Mergel</i> , Betrug, Gewalt, Stimmenkauf. Wahlkulturen in Europa im Übergang zum politischen Massenmarkt, 1860–1914.....	85
<i>Anne Heyer</i> , Die ersten Volksparteien? Ein vergleichender Blick auf das Demokratieverständnis früherer Parteiorganisationen im Deutschen Kaiserreich, in Großbritannien und in den Niederlanden (1860–1880).....	107
<i>Paul Lukas Hähnel</i> , Mehrebenen-Parlamentarismus im Deutschen Kaiserreich. Eine quantitative und qualitative Bestandsaufnahme parlamentarischer Doppelmandate .....	125
<i>James Retallack</i> , August Bebel. A Life for Social Justice and Democratic Reform	145
<i>Nathalie Le Bouëdec</i> , Das Gericht als Arena demokratischen Handelns? Ansätze zur Beteiligung des Volkes an der Rechtsprechung in Deutschland in der frühen Weimarer Republik und den ersten Nachkriegsjahren ab 1945 .....	163
<i>Harm Kaal</i> , The Voice of the People. Communicative Practices of Popular Political Engagement in the Netherlands, 1950s–1960s .....	183
<i>Claudia Christiane Gatzka</i> , Die Blüte der Parteiendemokratie. Politisierung als Alltagspraxis in der Bundesrepublik, 1969–1980 .....	201
<i>Anna Catharina Hofmann</i> , Demokratie praktizieren in einer Diktatur? Politische Partizipation und ihre Grenzen im späten Franco-Regime (1966–1973) .....	225
<i>Liesbeth van de Grift</i> , Representing European Society. The Rise of New Representative Claims in 1970s European Politics .....	263
<i>Giulia Quaggio</i> , Social Movements and Participatory Democracy. Spanish Protests for Peace during the Last Decade of the Cold War (1981–1986) .....	279

## FORSCHUNGSBERICHTE UND SAMMELREZENSIONEN

<i>Maren Möhring</i> , Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung.....	305
<i>Martin Rempe</i> , Ambivalenzen allerorten. Neue Forschungen zur Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit .....	331
<i>Frank Wolff</i> , In der Teilung vereint. Neue Ansätze der deutsch-deutschen Zeitgeschichte .....	353
Summaries.....	393
Résumés .....	399
Die Autorinnen und Autoren des Bandes .....	407
Rahmenthema des nächsten Bandes des »Archiv für Sozialgeschichte« .....	412

Einzelrezensionen des »Archiv für Sozialgeschichte« finden sich unter  
<<http://www.fes.de/afs>>

Anna Catharina Hofmann

## Demokratie praktizieren in einer Diktatur?

### Politische Partizipation und ihre Grenzen im späten Franco-Regime (1966–1973)\*

Demokratische Praktiken in Diktaturen – was auf den ersten Blick paradox erscheint, ist es auf den zweiten gar nicht: Denn auch wenn dies unserem Verständnis von demokratischer Herrschaft zutiefst widerspricht, waren die autoritären Regimes des 20. Jahrhunderts zumindest ihrem Selbstverständnis nach ausnahmslos Demokratien. So definierten sich nicht nur die kommunistischen Diktaturen als »Volksdemokratien«. Auch der Nationalsozialismus wurde von Zeitgenossen als »totalitäre«, »germanische« oder »Führer-Demokratie« beschrieben. In Italien behauptete der faschistische Philosoph Giovanni Gentile Ende der 1920er-Jahre sogar, dass der Staat Mussolinis »the democratic State *par excellence*« sei.<sup>1</sup> Denn während der parlamentarische Liberalismus, so die zeitgenössische faschistische Auffassung, durch die »künstlichen« politischen Parteien zu gesellschaftlicher Zersplitterung geführt habe, sei nun eine überlegene Form von Demokratie gefunden worden, die die »unmittelbare« Repräsentation der Bevölkerung und zugleich die politische Einheit der Nation sicherstelle.<sup>2</sup> Diese affirmative Haltung zur Demokratie verblieb dabei keinesfalls auf der propagandistischen Ebene: Sowohl die kommunistischen als auch die faschistischen Diktaturen nutzten genuin demokratische Praktiken wie Wahlen oder Plebiszite, um ihre Legitimität zu untermauern, Zustimmung in der Bevölkerung zu generieren und diese im Sinne des Regimes zu mobilisieren.<sup>3</sup>

Auch die Darstellung der Franco-Diktatur (1936/39–1975) als demokratisches System war keine Erfindung der Nachkriegszeit. Bereits während des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) hatten hohe Militärs der aufständischen Seite wie Gonzalo Queipo de Llano betont, dass erst der Sieg über die republikanische »Tyrannei« die Herstellung »wahrer

---

\* Für die wertvollen Kommentare danke ich Anna Barbara Sum, Steffen Dörre und Friedrich Hofmann. Mein Dank gilt darüber hinaus der Gerda Henkel Stiftung für das großzügige Promotionsstipendium und die Förderung meiner Forschungsaufenthalte in Spanien.

1 Vgl. Jan-Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Bonn 2013 (zuerst engl. 2011), S. 11–13, 177–181 und 197f.; Sven Reichardt, *Faschistische Beteiligungsdiktaturen. Anmerkungen zu einer Debatte*, in: José Brunner/Doron Avraham/Marianne Zepp (Hrsg.), *Politische Gewalt in Deutschland. Ursprünge – Ausprägungen – Konsequenzen*, Göttingen 2014, S. 133–157, hier: S. 137–139; Jörg Kilian, »Demokratie« und »Parlament«. Zur semantischen Entwicklung einer komplizierten Beziehung am Beispiel deutschsprachiger Wörterbücher aus dem 19. und 20. Jahrhundert, in: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hrsg.), *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne*, Berlin/New York 1995, S. 249–277, hier: S. 267. Das Zitat ist Giovanni Gentile, *The Philosophic Basis of Fascism*, in: *Foreign Affairs* 6, 1928, S. 290–304, hier: S. 302, entnommen.

2 Diese Gegenüberstellung von »unmittelbarer Demokratie« und der »künstliche[n] Maschinerie« des Parlamentarismus findet sich bereits bei Carl Schmitt, *Vorbemerkung (über den Gegensatz von Parlamentarismus und Demokratie)*, in: *ders.*, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, Berlin 2017 (zuerst 1923), S. 5–23, hier: S. 22.

3 Vgl. Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hrsg.), *Voting for Hitler and Stalin. Elections under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt am Main/New York 2011.

Freiheit« und »wahrer Demokratie« ermöglichen werde.<sup>4</sup> Der zukünftige Diktator Francisco Franco ließ ebenfalls schon zu diesem Zeitpunkt verlautbaren, dass sein »neuer Staat« eine »wahre«, da »effektive Demokratie« sei. Denn an die Stelle der vermeintlich gescheiterten liberalen Demokratie mit ihrer »Fiktion aus Parteien, Wahlgesetzen und Abstimmungen« werde man nun ein System setzen, in dem die »rationale Mitbestimmung aller in staatlichen Angelegenheiten über die Familie, die Gemeinde und das Syndikat« gewährleistet sei.<sup>5</sup> Und tatsächlich wurden im Laufe der fast 40-jährigen Herrschaft Francos Institutionen und Mechanismen geschaffen, um das Ideal einer »von oben« kontrollierten »organischen Demokratie« in politische Realität zu gießen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, auch das Franco-Regime als »Beteiligungsdiktatur« (Sven Reichardt) oder »authoritarian democracy« (Dylan Riley) zu interpretieren, das seine Herrschaft nicht nur durch Terror und Repression sicherte, sondern zugleich versuchte, über »von oben« gesteuerte demokratische Praktiken Legitimität zu generieren.<sup>6</sup> Wie in anderen Diktaturen erfüllte diese Suggestion von demokratischer Partizipation mehrere Funktionen.<sup>7</sup> Erstens kam Wahlen und Plebisziten eine wichtige Propagandafunktion zu. Denn auf diese Weise konnte die Alleinherrschaft Francos verschleiert werden, der als Staatschef »von Gottes Gnaden« mit unbeschränkten exekutiven und legislativen Vollmachten, als oberster Heereschef sowie als Führer der Staatspartei »Movimiento« von 1939 bis 1975 über eine Machtfülle verfügte, die mit Hitlers Stellung nach der Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft vergleichbar war oder diese sogar übertraf.<sup>8</sup> Darüber hinaus waren Wahlkampagnen willkommene Gelegenheiten, um die vermeintlichen Erfolge des Regimes publikumswirksam zu inszenieren.<sup>9</sup> Nach außen wurde die Instrumentalisierung demokratischer Praktiken zu Propagandazwecken nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer bedeutsamer, um vor den Augen der westlichen Welt den Ruch des Faschismus abschütteln und internationale Anerkennung gewinnen zu können.<sup>10</sup>

4 Rede von Queipo de Llano anlässlich des vierjährigen Jahrestags der Gründung der »Falange Española« am 29.10.1937 in Sevilla, abgedr. als: Palabras de Queipo de Llano, in: ABC Sevilla, 30.10.1937. Dieses und alle folgenden spanischsprachigen Zitate wurden von der Verfasserin ins Deutsche übersetzt.

5 So Franco in seiner Rede anlässlich der Vereinigung der »Falange Española de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista« mit den traditionalistischen Karlisten, abgedr. als: Texto del discurso del generalísimo, in: ebd., 20.4.1937. Vgl. auch die Aussagen Francos wenige Monate später in einem Interview: El generalísimo concede una entrevista a ABC. »Están cerca la victoria definitiva y el derrumbamiento del enemigo«, in: ebd., 8.12.1937.

6 Vgl. Reichardt, Faschistische Beteiligungsdiktaturen, und Dylan Riley, The Civic Foundations of Fascism in Europe. Italy, Spain and Romania, 1870–1945, Baltimore 2010, S. 3f.

7 Die folgenden Überlegungen stützen sich auf Ralph Jessen/Hedwig Richter, Non-Competitive Elections in 20th Century Dictatorships: Some Questions and General Considerations, in: dies., Voting for Hitler and Stalin, S. 9–36; Hedwig Richter/Hubertus Buchstein, Einleitung: Eine Neue Geschichte der Wahlen, in: dies. (Hrsg.), Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie, Wiesbaden 2017, S. 1–27; Hans Michael Kloth, Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«, Berlin 2000, insb. S. 111–113.

8 Vgl. Carlos Collado Seidel, Franco. General – Diktator – Mythos, Stuttgart 2015, S. 124f. Dass die Diktatur unter dem Namen ihres Diktators als »Franquismus« in die Geschichte eingegangen ist, reflektiert diesen Umstand angemessen, wie etwa Javier Tusell betont. Vgl. Javier Tusell, Spain: From Dictatorship to Democracy. 1939 to the Present, Malden 2007, S. 13f.

9 Vgl. Roque Moreno Fonseret/Francisco Sevillano Calero, La legitimación del franquismo: los plebiscitos de 1947 y 1966 en la provincia de Alicante, in: Anales de la Universidad de Alicante. Historia Contemporánea 8/9, 1991/1992, S. 121–138, hier: S. 125–127.

10 Vgl. Carme Molinero/Pere Ysàs, La anatomía del franquismo. De la supervivencia a la agonía, 1945–1977, Barcelona 2008, S. 14f.



Zweitens dienten demokratische Praktiken der Integration, Mobilisierung und Disziplinierung der Bevölkerung. Die Funktion von Wahlen als gemeinschaftsstiftende Rituale, die die Einheit der Nation und den Legimitätsglauben der Staatsbürger symbolisieren, war gerade im Spanien der Nachbürgerkriegszeit von besonderer Bedeutung. So stellte das Franco-Regime die Plebiszite, die wie in allen Diktaturen mit überwältigenden Mehrheiten für das erwünschte Ergebnis ausgingen, als Beleg für die vermeintliche Läuterung der »Besiegten« und die gelungene Wiederherstellung nationaler Eintracht dar.<sup>11</sup> Drittens hatten die franquistischen Wahlen auch eine Zentralisierungsfunktion, da sie dazu beitrugen, traditionelle Loyalitätsbeziehungen und Klientelstrukturen aufzubrechen. Insgesamt zielte die »organische Demokratie« des Franco-Regimes nicht auf die *Teilhabe* der Bevölkerung im Sinne einer tatsächlichen politischen Mitbestimmung, sondern lediglich auf die *Teilnahme* am staatlichen Partizipationsangebot, das der Legimitätserzeugung und damit der Stabilisierung des diktatorialen Systems dienen sollte.<sup>12</sup>

Während mittlerweile einige Studien zu den Institutionen der »organischen Demokratie« und zur Instrumentalisierung von Wahlen und Plebisziten in der Franco-Diktatur vorliegen, ist bisher noch kaum untersucht worden, wie diese Partizipationsmöglichkeiten »von unten« angeeignet wurden und welche Handlungsspielräume sie eröffneten.<sup>13</sup> Dass diese nicht als propagandistische »Fiktion« oder »Illusion« abgetan werden dürfen, zeigt etwa der Blick auf die franquistischen Syndikatswahlen:<sup>14</sup> So nutzten die oppositionellen Arbeiterkommissionen (»Comisiones Obreras«) diese Wahlen von Beginn der 1960er-Jahre bis zu ihrem Verbot im Jahr 1967 erfolgreich zur Unterwanderung der franquistischen Einheitsgewerkschaft »Organización Sindical«.<sup>15</sup>

Im Folgenden liegt der Fokus daher auf der Ausdeutung, Aneignung und praktischen Umsetzung des franquistischen Demokratisierungsversprechens »von unten«. Nach einem

---

11 Vgl. beispielhaft die Endjahresreden Francos von 1947 und 1966, abgedr. als: *Emotivo mensaje de año nuevo. El Caudillo se dirige por radio a los españoles de todo el mundo*, in: *La Vanguardia Española*, 1.1.1948, und *Mensaje de Franco a los españoles*, in: ebd., 25.12.1966.

12 Diese treffende Unterscheidung entwickelt *Kloth*, Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen, S. 111, in Bezug auf Wahlen in der DDR.

13 Vgl. die verschiedenen Beiträge zum Franco-Regime in *Roque Moreno Fonseret* (Hrsg.), *Plebiszite und elecciones en las dictaduras del sur de Europa (siglo XX)*, Alcoy 2003, sowie *ders./Sevillano Calero*, *La legitimación del franquismo*; *José Antonio Miranda Encarnación/Juan Francisco Pérez Ortiz*, *El franquismo intranquilo. La manipulación electoral en el referéndum de 1947*, in: *Javier Tusell/Julio Gil Pecharromán/Feliciano Montero García* (Hrsg.), *Estudios sobre la derecha española contemporánea*, Madrid 1993, S. 597–612. Vgl. zudem folgende Lokalstudien: *Antonio Martínez Ovejero*, *¡La Falange convoca elecciones! Las elecciones sindicales de 1944, significación política general del primer proceso electoral del franquismo, desde la realidad de una ciudad industrial y minera como Cartagena*, in: *Carlos Navajas Zubeldia/Diego Iturriaga Barco* (Hrsg.), *Crisis, dictaduras, democracia. Actas del I Congreso Internacional de Historia de Nuestro Tiempo, Logroño 2008*, S. 191–208; *Carlos Domper Lasús*, *Entre la fuerza del mastodonte y la reserva de dinosaurios. Falange y las elecciones municipales de representación familiar en Aragón, 1948–1973*, in: *Miguel Ángel Ruiz Carnicer* (Hrsg.), *Falange. Las culturas políticas del fascismo en la España de Franco (1936–1975)*, Bd. 2, Zaragoza 2013, S. 111–130; *ders.*, *Las elecciones de Franco en Zaragoza (1948–1973). Una aproximación local a un asunto transnacional*, in: *Ayer*, 2014, Nr. 94, S. 201–228.

14 Vgl. *Roque Moreno Fonseret*, *Las consultas populares franquistas: la ficción plebiscitaria*, in: *ders./Francisco Sevillano Calero* (Hrsg.), *El franquismo. Visiones y balances*, Alicante 1999, S. 45–55, und *Francisco Sevillano Calero*, *El Nuevo Estado y la ilusión de la »democracia orgánica«*. El referéndum de 1947 y las elecciones municipales de 1948 en España, in: *Historia Contemporánea*, 2002, Nr. 24, S. 355–387.

15 Vgl. *Carme Molinero/Pere Ysàs*, *Productores disciplinados y minorías subversivas. Clase obrera y conflictividad laboral en la España franquista*, Madrid 1998, S. 162.

knappen Überblick über das Demokratieverständnis der franquistischen Herrschaftselite und die Institutionen der »organischen Demokratie« wird mithilfe von zwei Fallstudien untersucht, ob die Partizipationsoffensive der Diktatur während der 1960er-Jahre zur Herausbildung neuer demokratischer Praktiken führte. Dabei wird der Blick zum einen auf die spanische Presse nach der Abschaffung der Vorzensur im April 1966 gerichtet. Zum anderen wird gezeigt, dass nach den Wahlen der ersten Familienrepräsentanten in das Ständeparlament der Cortes im Oktober 1967 eine Art Opposition im Inneren des Regimes entstand. Am Beispiel eines Korruptionsskandals im Spätsommer 1969 werden daraufhin die politischen Effekte analysiert, die sich aus dem Zusammenwirken von Medien- und Versammlungsöffentlichkeit ergaben. Abschließend soll nach den Grenzen der (versprochenen) Demokratisierung gefragt werden. Ziel ist es, zu zeigen, dass die jahrelange Propaganda um eine »Öffnung« des Regimes im Zusammenspiel mit den Reformmaßnahmen der 1960er-Jahre dazu beitrug, die Legitimität der Diktatur immer stärker zu unterminieren, obwohl sie ursprünglich zu deren Stabilisierung gedacht war.

## I. DIE »ORGANISCHE DEMOKRATIE« DES FRANCO-REGIMES UND IHRE INSTITUTIONEN

Das Demokratieverständnis der franquistischen Herrschaftselite basierte auf den faschistischen und korporativistischen Ordnungsvorstellungen, die in der Zwischenkriegszeit europaweit zahlreiche Anhänger gefunden hatten. Denn der Korporatismus wurde als neue »Konsensideologie« wahrgenommen, mit der ein »dritter Weg« gesellschaftlicher Gemeinwohlverwirklichung zwischen liberaldemokratischem Individualismus und sozialistischem Kollektivismus« möglich erschien.<sup>16</sup> Über die berufsständische Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, so die Vorstellung, würde es zum einen gelingen, die soziale Frage zu lösen und den Klassenkampf zu beenden. Zum anderen versprach diese Formel, die als künstlich empfundene parlamentarische Interessenvertretung durch vermeintlich natürliche, organische Repräsentationsformen zu ersetzen.<sup>17</sup>

Die franquistischen Initiativen zur korporativistischen Neuordnung Spaniens hatten ebenfalls zwei Stoßrichtungen: erstens die Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen mithilfe einer staatlich gesteuerten Zwangsgewerkschaft und zweitens die politische Repräsentation der Bevölkerung über die vermeintlich organischen Einheiten »Familie, Gemeinde und Syndikat«.<sup>18</sup> Die arbeitsrechtlichen Maßnahmen basierten auf dem politischen Programm der »Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de Ofensiva Nacional Sin-

16 Gunther Mai, *Europa 1918–1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen*, Stuttgart/Berlin etc. 2001, S. 196. Zur Breitenwirkung korporativistischer Ideen in der europäischen Zwischenkriegszeit vgl. António Costa Pinto, *Corporatism and ›Organic Representation‹ in European Dictatorships*, in: ders. (Hrsg.), *Corporatism and Fascism. The Corporatist Wave in Europe*, London 2017, S. 3–41.

17 Sowohl für das faschistische Italien als auch für die ebenfalls mehrheitlich katholisch geprägten Länder Spanien, Portugal, Frankreich, Österreich und Polen ist in diesem Zusammenhang die immense Wirkung der päpstlichen Enzyklika »Quadragesimo anno« (1931) nicht zu unterschätzen, »which was seen as papal endorsement of corporatist, authoritarian systems«. John F. Pollard, *Fascism and Catholicism*, in: Richard J. B. Bosworth (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Fascism*, Oxford 2010, S. 166–184, hier: S. 172.

18 Vgl. Glicerio Sánchez Recio, *Corporatism and the Franco Dictatorship in Spain*, in: Costa Pinto, *Corporatism and Fascism*, S. 198–215, und Joaquín Varela Suanzes-Carpegna/Ignacio Fernández Sarasola, *Leyes fundamentales y democracia orgánica. Aproximación al ordenamiento jurídico-político franquista*, in: Federico Fernández-Crehuet López/António Manuel Hespanha (Hrsg.), *Franquismus und Salazarismus: Legitimation durch Diktatur?*, Frankfurt am Main 2008, S. 197–233, hier: S. 210–218.

dicalista« (FET y de las JONS), die seit ihrer Erhebung zur Staatspartei im Frühjahr 1937 bis 1941 eine hegemoniale Stellung im »Neuen Staat« Francos einnahm.<sup>19</sup> Die Kernforderung der Falange nach einer »nationalsyndikalistischen Revolution« kam vor allem in der Schaffung der staatlichen Einheitsgewerkschaft »Organización Sindical« im ersten Jahr nach dem Bürgerkrieg zum Ausdruck.<sup>20</sup> Ebenso wie im faschistischen Italien war mit der Zwangseingliederung von sämtlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in sogenannte vertikale Syndikate, die die wirtschaftlichen Produktionszweige abbildeten, die Zielvorstellung verknüpft, den Klassenkampf zu beenden.<sup>21</sup> Von der Führungsebene bis hinunter in die Lokalorganisationen wurde die Einheitsgewerkschaft durch die FET y de las JONS kontrolliert.<sup>22</sup> Ihre wichtigste Aufgabe war die Aufrechterhaltung der »gesellschaftlichen Disziplin der Erzeuger [*productores*] auf Grundlage der Prinzipien von Einheit und Kooperation«.<sup>23</sup> Daneben war sie für die Schlichtung von Arbeitskonflikten und die Repräsentation der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen zuständig.<sup>24</sup> Um die Einheitsgewerkschaft politisch zu legitimieren, fanden seit Oktober 1944 regelmäßige Syndikatswahlen statt, bei denen syndikale Verbindungsleute (*enlaces sindicales*) und ab 1947 Betriebsausschüsse (*jurados de empresa*) gewählt wurden, deren Einfluss bei der Aushandlung der Löhne und Arbeitsbedingungen jedoch äußerst gering war.<sup>25</sup>

Es war vor allem auf den Einfluss der katholisch-traditionalistischen Kräfte innerhalb des Regimes zurückzuführen, dass 1942 mit den Cortes ein Ständeparlament ins Leben gerufen wurde, das die »organische« Repräsentation sicherstellen sollte.<sup>26</sup> Die korporativistische Kammer wurde als »oberstes Organ der Mitwirkung des spanischen Volkes an den Staatsangelegenheiten« definiert, dessen Hauptaufgabe die »Vorbereitung und Ausarbeitung der Gesetze« sei, deren »Sanktion dem Staatsoberhaupt zukommt«.<sup>27</sup> Schon in diesem Zusatz wurde deutlich, dass die Cortes lediglich als Beratungsorgan fungierten, das die unbegrenzten legislativen Vollmachten des Diktators in keiner Weise einschränkte.<sup>28</sup> Bis 1967

19 Vgl. *Ignacio Fernández Sarasola*, *Los partidos políticos en el pensamiento español. De la ilustración a nuestros días*, Madrid 2009, S. 300.

20 Vgl. Ley de 26 de enero de 1940 sobre Unidad sindical, in: *Boletín Oficial del Estado* (im Folgenden BOE), 31.1.1940, S. 772–773, und Ley de Bases de la Organización Sindical de 6 de diciembre de 1940, in: BOE, 7.12.1940, S. 8388–8392. Die Grundlagen der »Organización Sindical« waren bereits im 1938 erlassenen Grundgesetz der Arbeit (»Fuero del Trabajo«) gelegt worden. Vgl. Art. XIII, Abs. 1 und 5, Fuero del Trabajo, in: BOE, 10.3.1938, S. 6178–6181, hier: S. 6180.

21 Vgl. *Müller*, *Das demokratische Zeitalter*, S. 176f., und *Michaela Dlugosch*, *Geordnetes Wirtschaften. Zur sozialen Ökonomie im Franquismus (1939–1959)*, in: *Fernández-Crehuet López/Hespanha*, *Franquismus und Salazarismus*, S. 317–348, hier: S. 328–333. Zur Struktur der vertikalen Syndikate vgl. Ley de 23 de junio de 1941 sobre clasificación de Sindicatos, in: BOE, 11.7.1941, S. 5191–5192.

22 So war die Parteimitgliedschaft in der FET y de las JONS verpflichtend, um Führungspositionen innerhalb der »Organización Sindical« zu bekleiden. Vgl. Art. 19, Ley de Bases de la Organización Sindical de 6 de diciembre de 1940, S. 8391.

23 Ebd.

24 Vgl. ebd., S. 8390f.

25 Vgl. *Walther L. Bernacker*, *Spanien*, in: *Siegfried Mielke* (Hrsg.), *Internationales Gewerkschafts-Handbuch*, Wiesbaden 1983, S. 1022–1034, hier: S. 1028f., und *Alex Amaya Quer*, *El acelerón sindicalista. El aparato de propaganda de la Organización Sindical Española entre 1957 y 1969*, Madrid 2013, S. 76–78.

26 Vgl. *Sevillano Calero*, *El Nuevo Estado y la ilusión de la »democracia orgánica«*, S. 358.

27 Art. 1, Ley de 17 de julio de 1942 de creación de las Cortes Españolas, in: BOE, 19.7.1942, S. 5301–5303, hier: S. 5301.

28 Die Vereinigung von Exekutive und Legislative in den Händen Francos war bereits während des Bürgerkriegs gesetzlich verankert worden. Vgl. Ley organizando la Administración Central del

bestand die Kammer aus drei Arten von *procuradores* (Cortes-Repräsentanten): die Prokuratoren kraft Amtes wie die Minister oder die Mitglieder des 1937 geschaffenen Nationalrats der Bewegung (»Consejo Nacional del Movimiento«), die indirekt gewählten Vertreter der Syndikate, der Lokalverwaltung, verschiedener Berufskörperschaften und akademischer Institutionen sowie bis zu 50 von Franco persönlich ernannte Prokuratoren.<sup>29</sup> Erst 25 Jahre nach ihrer Gründung erhielt auch die »Familie« als »organische Einheit« ihre Repräsentation in der Ständekammer: So wurden auf Grundlage des Staatsorgangesetzes (»Ley Orgánica del Estado«) im Oktober 1967 erstmals 108 *procuradores familiares* (zwei Vertreter pro Provinz) in direkter Wahl durch Familienoberhäupter (*cabeceras de familia*) und verheiratete Frauen in die Kammer gewählt.<sup>30</sup>

Nach dem Ende der beispiellosen Terrorwelle gegen die »Feinde« des Regimes im Schatten des Zweiten Weltkriegs wurden in Reaktion auf die Niederlage der Achsenmächte drei Gesetze erlassen, die den vermeintlich demokratischen Charakter der Diktatur unterstreichen sollten.<sup>31</sup> Dazu gehört zunächst das Grundgesetz der Spanier (»Fuero de los Españoles«) vom 17. Juli 1945, in dem der Bevölkerung erstmals explizit das Recht zugestanden wurde, »in Staatsangelegenheiten in repräsentativer Weise über die Familie, die Gemeinde und die Syndikate zu partizipieren«.<sup>32</sup> Das Gesetz über die Grundlagen der Lokalverwaltung (»Ley de Bases del Régimen Local«), das am selben Tag im Amtsblatt veröffentlicht wurde, konkretisierte die »organische Repräsentation« über die »Familie«: Bei Gemeindewahlen wurde fortan ein Drittel der Abgeordneten von Familienoberhäuptern gewählt.<sup>33</sup> Schließlich trat im Oktober 1945 das Gesetz über den Volksentscheid in Kraft, mit dem der Diktator Gesetze von besonderer Tragweite per Referendum bestätigen lassen konnte.<sup>34</sup> Es kam während der fast 40 Jahre währenden Diktatur nur zwei Mal zum Einsatz: zum einen 1947 beim Gesetz über die Nachfolge in der Staatsführung (»Ley de Sucesión en la Jefatura del Estado«), mit dem das Regime zu einem »katholischen, sozialen und repräsentativen Staat« erklärt wurde, der zwar als Königreich (*Reino*) verfasst sei, aber bis zu dessen Tod von Franco regiert werden würde; und zum anderen im Dezember 1966 anlässlich des Plebiszits über das bereits erwähnte Staatsorgangesetz, in dem die Grundgesetze des Regimes zu einer Art Verfassung zusammengefügt wurden.<sup>35</sup>

Obwohl im Gesetz über die Prinzipien der Nationalen Bewegung (»Ley de Principios del Movimiento Nacional«) von Mai 1958 erneut der »repräsentative Charakter des politischen Systems« hervorgehoben wurde, unternahm das Regime bis Mitte der 1960er-Jahre

---

Estado, in: BOE, 31.1.1938, S. 5514–5515, und Ley de 8 de agosto de 1939 modificando la organización de la Administración Central del Estado establecida por las de 30 de enero y 29 de diciembre de 1938, in: BOE, 9.8.1939, S. 4326–4327.

29 Vgl. *Varela Suanzes-Carpegna/Fernández Sarasola*, *Leyes fundamentales y democracia orgánica*, S. 223f.; *Raimund Beck*, *Das spanische Regierungssystem unter Franco*, Bochum 1979, S. 336–344; *Dieter Nohlen*, Spanien, in: *Dolf Sternberger/Bernhard Vogel* (Hrsg.), *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane*. Ein Handbuch, Bd. 1: Europa, 2. Halbbd., Berlin 1969, S. 1229–1284, hier: S. 1261–1263, 1265f. und 1277.

30 Vgl. ebd., S. 1263–1268 und 1278–1280.

31 Vgl. *Walther L. Bernecker*, *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München 2010 (zuerst 1984), S. 62.

32 Art. 10, Fuero de los Españoles, in: BOE, 18.7.1945, S. 358–360, hier: S. 358.

33 Vgl. Ley de 17 de julio de 1945 de Bases de Régimen Local, in: BOE, 18.7.1945, S. 360–384. Vgl. dazu *Pedro Cobo Pulido*, *La representación familiar en la España de Franco (1945–1974)*, Diss., Málaga 2000, S. 61 und 113–116, und *Nohlen*, Spanien, S. 1263f.

34 Vgl. Ley de 22 de octubre de 1945 por la que el Jefe del Estado podrá someter a referéndum aquellas Leyes que su trascendencia lo aconseje o el interés público lo demande, in: BOE, 24.10.1945, S. 2522.

35 Vgl. *Bernecker*, *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, S. 64 und 187.

keine Versuche, die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung auch auf nationaler Ebene auszubauen.<sup>36</sup> Dass dieses Thema überhaupt wieder auf die politische Agenda rückte, war in erster Linie auf die Machtkämpfe zwischen den einzelnen Fraktionen der Herrschaftselite zurückzuführen. Denn nach der Regierungsumbildung von 1957 hatte José Solís Ruiz, der das Amt des Minister-Generalsekretärs der Staatspartei und des Chefs der Einheitsgewerkschaft in Personalunion bekleidete, zunächst versucht, dem Parteiapparat über die Wirtschaftsentwicklungsplanung eine neue politische Daseinsberechtigung zu verleihen. Nachdem dieses Unterfangen gescheitert war, vollzogen die Parteifunktionäre des »Movimiento« einen Strategiewechsel: Unter Abgrenzung gegen die neue Fraktion der Entwicklungsplaner, die als »Technokraten« diffamiert wurden, hob man von nun an den »demokratischen« und »partizipativen« Charakter des »Movimiento« hervor.<sup>37</sup> Damit verbunden war die Willenserklärung, die so oft beschworene »organische Demokratie« nun in Form einer »Syndikatsdemokratie« (*democracia sindical*) zu verwirklichen.<sup>38</sup> Neben der Zielsetzung, die Machtposition des »Movimiento« innerhalb der franquistischen Herrschaftselite zu konsolidieren, ging es auch darum, der Diktatur mithilfe staatlich gesteuerter Partizipationsformen einen stärkeren gesellschaftlichen Rückhalt zu verleihen. Denn in den Reihen der Partei war man sich sehr wohl über die Schwierigkeiten bewusst, insbesondere die jüngeren Generationen, die den Bürgerkrieg nicht mehr miterlebt hatten, politisch in das Regime einzubinden. Vor diesem Hintergrund setzte sich immer stärker die Einsicht durch, dass ein – wie auch immer gearteter – Ausbau der politischen Teilhabemöglichkeiten unabdingbar sein würde, um die Diktatur am Leben zu erhalten.<sup>39</sup> Schließlich war die Partizipationsoffensive jedoch auch Ausdruck des Selbstbewusstseins der franquistischen Herrschaftselite, »authentischere« Repräsentationsformen als die liberalen Parteiendemokratien schaffen zu können.

Im Vorfeld der Syndikatswahlen im Frühjahr 1963 hatte Solís Ruiz einen einprägsamen Begriff für seine Partizipationsoffensive gefunden: Denn parallel zur »wirtschaftlichen Entwicklung« (*desarrollo económico*) werde das Land nun auch eine vom »Movimiento« und der Einheitsgewerkschaft gesteuerte »politische Entwicklung« (*desarrollo político*) durchlaufen. Unter diesem Schlagwort stellte der Generalsekretär fortan einen Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten in Aussicht.<sup>40</sup> Um das Demokratisierungsversprechen unters Volk zu bringen, wurde die Staatspartei publizistisch tätig. Dies gilt etwa für die seit 1961 erscheinende Reihe »Neuer Horizont« (»Horizonte Nuevo«), deren Informationsbroschüren für das breite Publikum Titel wie »Neue Demokratie und gesellschaftliche Effizienz« (1963), »Neuer Horizont der Demokratie« (1964), »Die Eroberung der Zukunft. Politische Entwicklung, Movimiento und Gesellschaft« (1964) oder »Politische Entwicklung. Demokratisierung und Sozialisierung über den Weg der Einheit« (1965) tru-

---

36 Ley Fundamental de 17 de mayo de 1958 por la que se promulgan los Principios del Movimiento Nacional, in: BOE, 19.5.1958, S. 4511–4512, hier: S. 4512.

37 Vgl. Anna Catharina Hofmann, *Mit Franco in die Moderne? Herrschaft, Planung und Kritik in Spanien (1956–1973)*, Diss., Freiburg im Breisgau 2017 (im Erscheinen).

38 Vgl. Manuel Ludevid, *Cuarenta años de Sindicato Vertical. Aproximación a la Organización Sindical Española*, Barcelona 1976, S. 45.

39 Vgl. Molinero/Ysàs, *La anatomía del franquismo*, S. 61f. und 69–75, und Javier Tusell, Carrero. *La eminencia gris del régimen de Franco*, Madrid 1993, S. 295.

40 Vgl. die Rede von José Solís Ruiz im Sportpalast von Barcelona am 22. Juni 1963, abgedr. als: *Veinte mil personas asistieron al acto de afirmación sindical*, in: *La Vanguardia Española*, 23.6.1963, sowie *Organización Sindical Española, Junta Nacional de Elecciones* (Hrsg.), *9.000 dirigentes nacionales del Sindicalismo español se reúnen en el Palacio de Deportes de Madrid para tomar posesión de sus cargos. Texto íntegro del discurso de D. José Solís Ruiz*, 16 de diciembre de 1963, Madrid 1963 (unpaginiert).

gen.<sup>41</sup> Daneben intensivierte Solís Ruiz die Propaganda um die Syndikatswahlen.<sup>42</sup> In seinen Reden und Fernsehauftritten wurde der Generalsekretär dabei nicht müde, die »demokratische«, »freie«, »authentische«, »organische« und »repräsentative« Verfasstheit der »Organización Sindical« hervorzuheben.<sup>43</sup> Zugleich betonte er immer wieder, dass es nun gelte, die Einheitsgewerkschaft im Zeichen der »politischen Entwicklung« noch stärker »zu vervollkommen« (*perfeccionarla*), ihre Repräsentativität »zu verstärken« (*reforzarla*) und ihr noch »größere Wirksamkeit innerhalb der Kontinuität« (*una mayor eficacia en la continuidad*) zu verleihen.<sup>44</sup>

Mithilfe dieses Kontinuitätsnarrativs, das zu den zentralen Elementen der Regimesprache gehörte, unterstrich Solís Ruiz implizit, dass die franquistische Einheitsgewerkschaft von Beginn an »repräsentativ« gewesen sei.<sup>45</sup> Demzufolge ging es bei den angekündigten Reformen lediglich um die Demokratisierung eines vermeintlich bereits demokratischen Systems. Der Begriff der Demokratisierung selbst zielte in diesem Zusammenhang selbstverständlich nicht auf eine Überwindung der autoritären Machtstrukturen. Vielmehr wurde, ähnlich wie im SED-Regime, »die immer weitere Extensivierung politischer Partizipation mechanistisch mit Demokratisierung gleichgesetzt«.<sup>46</sup> Dennoch wohnte der Formel der »politischen Entwicklung«, die sich laut Solís Ruiz Hand in Hand mit der »wirtschaftlichen Entwicklung« vollziehen werde, eine grenzenlose Dynamik inne, die das Regime potenziell verwundbar machte. Denn so wie der wirtschaftliche Erfolg der Diktatur mit ökonomischen Kennzahlen und aufsteigenden Kurven visualisiert und belegt werden musste, hatte man sich auf diese Weise auch dazu verpflichtet, »Fortschritt« im Sinne einer »Demokratisierung« und »Öffnung« zu erzeugen.

Der enorme Erwartungshorizont in Hinblick auf eine »Demokratisierung« der Diktatur, der sich ab diesem Zeitpunkt aufbaute, war dabei nicht nur auf die semantische Unschärfe des Begriffs »politische Entwicklung« zurückzuführen. Denn auch Franco selbst nahm diesen Ausdruck, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung, in seine Verlautbarun-

41 Vgl. Movimiento Nacional, Delegación Nacional de Prensa, Propaganda y Radio Gabinete de Estudios (Hrsg.), *Nueva democracia y eficacia social*, Madrid 1963; *dies.* (Hrsg.), *Nuevo horizonte de la democracia*, Madrid 1964; *dies.* (Hrsg.), *La conquista del futuro. Desarrollo político, Movimiento y Sociedad*, Madrid 1964; *dies.* (Hrsg.), *Evolución política. Democratización y socialización por rutas de unidad*, Madrid 1965. Die Broschüren erschienen im parteieigenen Verlag »Ediciones del Movimiento« und kosteten in der Regel zwischen 15 und 30 Peseten, was ungefähr 1 bis 2 DM entsprach.

42 Der Werbefeldzug für die Wahlen im Herbst 1966, der neben Plakaten auch Wahlwerbespots im Kino und im Fernsehen umfasste, kostete mit 17 Millionen Peseten (circa 1,1 Millionen DM) doppelt so viel wie die Wahlkampagne anlässlich der Syndikatswahlen drei Jahre zuvor. Vgl. *Amaya Quer*, *El acelerón sindicalista*, S. 312.

43 Vgl. die ständig auftauchenden Begriffe »democrático«/»democracia«, »libre«/»libertad«, »auténtico«/»autenticidad«, »orgánico« und »representativo«/»representatividad« in den Reden von Solís Ruiz im Vorfeld der Syndikatswahlen von 1966, abgedr. in: *Organización Sindical Española* (Hrsg.), *Sindicalismo* 66, Madrid 1966.

44 *Declaraciones a »La Voz Social« con ocasión de conmemorarse el trigésimo aniversario del 18 de Julio*, in: ebd., S. 151–161, hier: S. 156; *Texto de la entrevista realizada por Fernández Asís el día 19 de Septiembre, ante las cámaras de Televisión Española*, in: ebd., S. 169–178, hier: S. 177; *Texto del mensaje dirigido a los trabajadores españoles*, in: ebd., S. 185.

45 Der franquistische Kontinuitäts- und Vervollkommnungsdiskurs weist frappante Ähnlichkeit mit der Sprache des SED-Regimes auf. Vgl. die Analyse der »noch+Komparativ-Formel« in der offiziellen DDR-Sprache bei *Ulla Fix*, *Noch breiter entfalten und noch wirksamer untermauern. Die Beschreibung von Wörtern aus dem offiziellen Sprachverkehr der DDR nach den Bedingungen ihres Gebrauchs*, in: *dies.*, *Sprache, Sprachgebrauch und Diskurse in der DDR. Ausgewählte Aufsätze*, Berlin 2014, S. 183–201.

46 *Kloth*, *Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen*, S. 63.

gen auf: Zu Beginn der 1960er-Jahre hatte er noch zufrieden festgestellt, dass die spanische Bevölkerung im Gegensatz zum »konfusen ideologischen Chaos« in anderen westlichen Gesellschaften eine solche Reife erlangt habe, »dass die monotonen Gesänge der berichtigten demokratischen Sirenen heutzutage niemanden mehr verführen«. <sup>47</sup> In seiner Silvesteransprache des Jahres 1965 tauchte jedoch erstmals der Topos von der Parallelität von »wirtschaftlicher« und »politischer Entwicklung« auf, den das »Movimiento« in Umlauf gebracht hatte. <sup>48</sup>

## II. DIE ENTDECKUNG DER WAHRHEIT: DIE VERÖFFENTLICHTE MEINUNG SEIT 1966

Die allgegenwärtige Propaganda um eine »Öffnung« des Regimes verblieb jedoch nicht ausschließlich auf der rhetorischen Ebene, sondern zog auch konkrete Neuerungen nach sich. So wurde die Reform der noch während des Bürgerkriegs eingeführten Pressegesetzgebung vom zuständigen Minister für Information und Tourismus Manuel Fraga Iribarne explizit in die Bestrebungen des Regimes eingeordnet, eine »politische Entwicklung« zu vollziehen. <sup>49</sup> Nachdem das neue Pressegesetz am Osterwochenende 1966 in Kraft getreten war, verschoben sich in der spanischen Presse auf erstaunliche Weise die Grenzen des öffentlich Sagbaren. Überrascht notierte der Spanienkorrespondent der New York Times am 16. April 1966: »Most observers are surprised by the suddenness of the change, evidenced by the appearance of once-banned stories about strikes, student protest, assemblies and police clashes with demonstrators.« <sup>50</sup> Neben der Berichterstattung über zuvor tabuisierte gesellschaftliche Konflikte wurde seit diesem Zeitpunkt in bemerkenswerter Offenheit über aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Probleme und die Zukunft der Diktatur debattiert. <sup>51</sup> Dies gilt nicht nur für die regimekritischen Presseerzeugnisse, denen in der Forschung bisher am meisten Aufmerksamkeit zuteilwurde, sondern auch für die »Movimiento«-Presse, die katholischen Blätter und die regimenahen privaten Zeitungen. <sup>52</sup> Darunter fielen die auflagenstärksten überregionalen Tageszeitungen wie die privaten Blätter »ABC« und »La Vanguardia Española«, »Ya« aus dem Verlagshaus »Editorial Católica«

47 Rede Francos auf dem »IX Consejo Nacional del Movimiento« am 9.3.1963, abgedr. in: Sesión plenaria del IX Consejo Nacional del Movimiento. Importante discurso de S. E. el Jefe del Estado, in: *La Vanguardia Española*, 10.3.1963.

48 Vgl. El Jefe del Estado habla a los españoles. En su tradicional mensaje de fin de año, in: ebd., 31.12.1965.

49 Vgl. die Rede von Manuel Fraga Iribarne vor dem Plenum des »IX Consejo Nacional del Movimiento«, abgedr. in: Principios básicos de la Ley de Prensa. Intervención de Fraga Iribarne en el Pleno del Consejo Nacional del Movimiento, in: *ABC Madrid*, 9.4.1964.

50 Press in Spain is Said to Relax. Most Papers React Quickly to Easing of Censorship, in: *The New York Times*, 16.4.1966.

51 Vgl. *Elisa Chuliá*, *El poder y la palabra. Prensa y poder político en las dictaduras. El régimen de Franco ante la prensa y el periodismo*, Madrid 2001, S. 201, 210–213 und 223.

52 1943 wurden etwa 60% der Tagespresse vom »Movimiento« kontrolliert, 1970 noch etwa 34%. Vgl. *Chuliá*, *El poder y la palabra*, S. 63, und *Anna Barbara Bimler*, *Die spanische Tagespresse von 1970 bis 1980. Von der Diktatur zur Demokratie*, Diss., Münster 1982, S. 37 und Tabelle 3 im Anhang. Zur regimekritischen Presse seit den 1960er-Jahren vgl. *Isabelle Renaudet*, *Un parlement de papier. La presse d'opposition au franquisme durant la dernière décennie de la dictature et la transition démocratique*, Madrid 2003; *Javier Muñoz Soro*, *Cuadernos para el diálogo (1963–1976). Una historia cultural del segundo franquismo*, Madrid 2006; *Carlos Barrera del Barrio*, *El diario »Madrid«*. Realidad y símbolo de una época, Pamplona 1995; *Alicia Alted Vigil/Paul Aubert* (Hrsg.), *Triunfo en su época*. Jornadas organizadas en la Casa de Velázquez los días 26 y 27 de octubre de 1992, Madrid 1995.

sowie »Pueblo«, das Sprachrohr der »Organización Sindical«.<sup>53</sup> Wie im Folgenden gezeigt wird, kann die ab April 1966 entstandene Medienöffentlichkeit als neuer politischer Kommunikationsraum interpretiert werden, in dem die Regimepolitik oder sogar das Regime selbst in immer stärkerem Maße öffentlich kritisiert und infrage gestellt wurden.<sup>54</sup>

Die franquistischen Militärs hatten die Pressefreiheit noch während des Bürgerkriegs aufgehoben. In der Präambel des Pressegesetzes von 1938 war zu lesen gewesen, dass die »Existenz einer ›vierten Gewalt‹ nicht länger toleriert« werden könne.<sup>55</sup> Um eine wirkungsvolle Gleichschaltung sicherzustellen, wurde die Presse nach dem Vorbild der Gesetzgebung im nationalsozialistischen Deutschland und im faschistischen Italien in ein Instrument in den Händen der franquistischen Machthaber umgewandelt: Neben einer strikten Vorzensur, die in den Händen der von der Falange kontrollierten Unterstaatskanzlei für Volkserziehung (»Vicesecretaría de Educación Popular«) lag, enthielt das Pressegesetz noch zahlreiche weitere Zensurmechanismen.<sup>56</sup> Die Stabilisierung des Regimes nach dem Bürgerkrieg, so die Historikerin Elisa Chuliá, war neben der allgegenwärtigen Repression auch darin begründet, dass es mit diesen Gleichschaltungsmaßnahmen erfolgreich gelang, »eine vom Staat unabhängige öffentliche Sphäre zu zerstören«.<sup>57</sup> Noch 1958 bezeichnete der US-amerikanische Journalist Herbert L. Matthews die spanische Presse daher als »one of the greatest insults to the intelligence in the Western World«.<sup>58</sup>

Seit Beginn der 1950er-Jahre setzte sich ausgerechnet eine der wichtigsten Stützen des Regimes für die Reform der Pressegesetzgebung ein: die katholische Kirche.<sup>59</sup> Unter Berufung auf päpstliche Äußerungen zur Pressefreiheit übten hohe katholische Geistliche immer deutlicher Kritik am »staatlichen Pressetotalitarismus«.<sup>60</sup> 1961 stellte Franco daher erstmals die Reform des Pressegesetzes in Aussicht. Nach jahrelangen regimeinternen Auseinandersetzungen trat am 10. April 1966 schließlich die neue »Ley de Prensa« in Kraft, mit der die Vorzensur für sämtliche Presseerzeugnisse abgeschafft wurde.<sup>61</sup> Selbstverständlich konnte von Pressefreiheit weiterhin keine Rede sein: So wurden Verstöße gegen die in Artikel 2 bewusst schwammig formulierten Grenzen der Meinungsfreiheit<sup>62</sup> vom

53 Die genannten Zeitungen erreichten während der 1960er-Jahre Auflagen zwischen 150.000 und 200.000 Exemplaren. Vgl. *Bimler*, Die spanische Tagespresse von 1970 bis 1980, S. 39.

54 Zur Interpretation von »Öffentlichkeit« als horizontal und vertikal untergliederter Kommunikationsraum vgl. *Jörg Requate*, Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: GG 25, 1999, S. 5–32, hier: S. 8f. und 26–31.

55 Ley de Prensa, in: BOE, 23.4.1938, S. 6915–6917, hier: S. 6915.

56 Dazu gehörte die Schaffung staatlich kontrollierter Nachrichtenagenturen, die verpflichtende Journalistenausbildung in staatlichen Einrichtungen sowie die Ernennung und Entlassung der Chefredakteure durch die Regierung. Schließlich waren die Zeitungen und Zeitschriften verpflichtet, von Regierungsseite vorgegebene Artikel abzudrucken. Vgl. *Chuliá*, El poder y la palabra, S. 41–75, sowie allgemein zur franquistischen Pressezensur bis Anfang der 1950er-Jahre *Justino Sinova*, La censura de prensa durante el franquismo, Barcelona 2006.

57 *Chuliá*, El poder y la palabra, S. 83.

58 *Herbert L. Matthews*, The Yoke and the Arrows. A Report on Spain, London 1958, S. 87.

59 Vgl. *Chuliá*, El poder y la palabra, S. 98–105.

60 So Kardinal Enrique Pla y Deniel, von 1941–1968 Erzbischof von Toledo und damit Primas von Spanien, in der Zeitschrift »Ecclesia« am 24.6.1950, zit. nach: ebd., S. 94.

61 Zu den Debatten um die »Ley de Prensa« innerhalb der franquistischen Herrschaftselite vgl. ebd., S. 156–169.

62 In Artikel 2 des Pressegesetzes wurden folgende »Grenzen« der Meinungsfreiheit genannt: »Achtung von Wahrheit und Moral; Ehrfurcht vor dem ›Gesetz über die Prinzipien des Movimiento Nacional‹ und den übrigen Grundgesetzen; Erfordernisse der nationalen Verteidigung, der Staatssicherheit und der Aufrechterhaltung der inneren öffentlichen Ordnung und des äußeren Friedens; gebührender Respekt vor den Institutionen und Personen bei der kritischen Bewertung politischer und administrativer Tätigkeiten; Unabhängigkeit der Rechtsprechung und Wahrung von



Ministerium für Information und Tourismus mit Geldstrafen bis zu 500.000 Peseten, der Beschlagnahme bereits erschienener Presseerzeugnisse und Erscheinungsverboten gehandelt.<sup>63</sup>

In der spanischen Presse selbst wurde das Gesetz dennoch geradezu euphorisch aufgenommen. »Heute machen wir zum ersten Mal von der Freiheit Gebrauch«, so lautete der Titel des Leitartikels im »ABC Madrid«. Auch in den falangistischen Blättern »Arriba« und »Revista SP« war von »Pressefreiheit« die Rede.<sup>64</sup> Diese neu gewonnene Freiheit, da waren sich die Journalisten einig, zeige sich schon darin, dass nun die Dinge endlich beim Namen genannt werden konnten. So hielt Federico Gallo am 10. April 1966 in einem Kommentar unter dem Titel »Der Rotstift« in der barcelonischen Tageszeitung »Tele-Exprés« fest:

»[V]oller Vergnügen vollziehen wir heute den Bruch mit dem lästigen, unliebsamen, manchmal entwürdigenden Farbstift. Nun dürfen wir zu den Baracken Baracken sagen, ohne uns gezwungen zu fühlen, den lächerlichen und infantilen Ausdruck Häuschen zu verwenden; und die Bomben dürfen wir nun bei ihrem vollen Namen nennen, ohne auf naive, künstliche Euphemismen zurückgreifen zu müssen.«<sup>65</sup>

In einem Leitartikel von September 1966 äußerte sich ein Journalist in der »La Vanguardia Española« ebenfalls begeistert darüber, gerade in Hinblick auf die politische Verfasstheit des Regimes endlich auf euphemistische Umschreibungen verzichten zu können und führte aus:

»Seit einigen Monaten bringt die gesamte spanische Presse fast täglich genuin politische Themen zur Sprache, die bis zum Inkrafttreten des Pressegesetzes im Grunde nicht ansprechbar waren. Denn kein einziges der Themen und Fragen, die heute auf den Seiten unserer Zeitungen erscheinen [...], hätte vor dem befreienden Gesetz die unverändert rigiden und engen Kontrollstellen der offiziellen Zensur passiert. Tatsächlich wird über alles gesprochen, oder über fast alles, und die Probleme, die man in den restriktiven Zeiten vorsichtig unter dem Begriff »Institutionalisierung« fasste, erscheinen heute schwarz auf weiß, unter ihrer eigentlichen Bezeichnung, und sie werden, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, in einer klaren Sprache dargelegt, indem die Dinge beim Namen genannt werden. Diese Begriffe [...] lauten Monarchie, Republik, König, Regent, Regierungschef, Referendum, Volkswille, Repräsentativität, etc., etc.«

Vor diesem Hintergrund, so der Autor des Artikels weiter, könne »eine Anbindung unserer Zeitungen an die »Wahrheit« des spanischen Lebens« erreicht werden. Daher würden die in der Presse verhandelten Themen endlich mit denjenigen übereinstimmen, »die auf der Straße, beim Gespräch, im Freundeskreis oder am Arbeitsplatz diskutiert werden.«<sup>66</sup>

---

Privatsphäre und persönlicher und familiärer Ehre.« Ley 14/1966, de 18 de marzo, de Prensa e Imprenta, in: BOE, 19.3.1966, S. 3310–3315, hier: S. 3310. Ein knappes Jahr nach dem Inkrafttreten der »Ley de Prensa« wurde die »Pressefreiheit« mit der Reform des Strafgesetzbuchs erneut beschnitten, da die in Artikel 2 enthaltenen Verstöße von nun an strafrechtlich verfolgt wurden. Vgl. *Bimler*, Die spanische Tagespresse von 1970 bis 1980, S. 23–25.

63 Vgl. *Chuliá*, El poder y la palabra, S. 196. 500.000 Peseten entsprachen im Jahr 1966 etwa 33.000 DM.

64 Hoy estrenamos libertad, in: ABC Madrid, 10.4.1966; *Cristóbal Paez*, Hoy, libertad de prensa, in: Arriba, 10.4.1966; *Rodrigo Royo*, Libertad de prensa, in: Revista SP, 10.4.1966, S. 15f.

65 *Federico Gallo*, El lápiz rojo, in: Tele-Exprés, 10.4.1966.

66 Quinielas políticas, in: La Vanguardia Española, 23.9.1966. Der Journalist verwendete zahlreiche populäre spanische Redensarten, um die neue Freiheit im Ausdruck zu unterstreichen: »en letras de molde« (wörtlich: in Bleiletttern), »sin pelos en la lengua« (wörtlich: ohne Haare auf der Zunge), »llamar al pan, pan, y al vino, vino« (wörtlich: Zum Brot »Brot« sagen und zum Wein »Wein«).

In der katholischen Tageszeitung »Ya« feierte man ebenfalls diese »Entdeckung der Wahrheit«. Denn bereits im ersten Monat nach Inkrafttreten des Pressegesetzes

»haben wir Situationen und Konflikte entdeckt, die [...] schon existierten und die eine Realität sind, und die man nicht verheimlichen, sondern offen angehen sollte: wirtschaftliche Schwierigkeiten, Arbeitskonflikte, Probleme in den Schulen [und] die Vielfalt an Meinungen in Bezug auf wichtige politische Themen«. <sup>67</sup>

Die regimekritische Zeitschrift »Cuadernos para el diálogo« begrüßte zudem den erzieherischen Effekt des Pressegesetzes, da die »größere Widerspiegelung der Realität in unserer Presse [...] die Bewusstseinsbildung der verschiedenen Bevölkerungsschichten rund um die menschlichen Probleme [anregt], die mit gemeinsamer Kraft von uns allen gelöst werden müssen«. Gerade deswegen sei auch die neu entstandene Diskussionskultur positiv zu bewerten – denn »nur dank des Rauches weiß man, wo das Feuer ist, und nur so kann eine redliche Regierung versuchen, es mit angemessenen Maßnahmen zu löschen«. <sup>68</sup>

Eine solche Diskussionskultur wurde von der spanischen Presse gleich nach Inkrafttreten der »Ley de Prensa« aktiv gefördert. Dies gilt zunächst für die verstärkte Kommunikation zwischen den einzelnen Presseorganen. Das Selbstverständnis der Journalisten, in einem neuartigen politischen Kommunikationsraum zu agieren, lässt sich schon daran ablesen, dass zahlreiche Zeitungen in der Folge des Pressegesetzes eine Rubrik schufen, in der Artikel aus anderen Blättern abgedruckt und zum Teil kommentiert wurden. Während das Wochenmagazin »Mundo« diese Presseschau unter dem Titel »Öffentliche Debatte« inszenierte, trug die Rubrik in der falangistischen Tageszeitung »Diario SP« sogar den Titel »Papierparlament« (*parlamento de papel*). <sup>69</sup> Zugleich positionierten sich zahlreiche Blätter immer deutlicher in politischer Hinsicht. Dies führte nicht selten zu scharfen Auseinandersetzungen. So eröffnete beispielsweise die falangistische »Revista SP« mit dem Titelblatt »Monarchie? Republik? Regentschaft?« am 1. Mai 1966 eine Debatte über das politische System nach dem Tod des Diktators. <sup>70</sup> Das Plädoyer ihres Chefredakteurs Rodrigo Royo für eine falangistisch inspirierte Republik provozierte sogleich empörte Repliken in der monarchistischen Tageszeitung »ABC Madrid«. <sup>71</sup> Die Presse wurde jedoch nicht nur eine Plattform für politische Dispute zwischen einzelnen Journalisten oder Zeitungen, sondern auch zwischen den Angehörigen der franquistischen Herrschaftselite selbst. Ein Beispiel ist die Kontroverse um die »neue spanische Rechte« im April und Mai 1966, die die großen Spannungen zwischen der Fraktion des »Movimiento« und den franquistischen Entwicklungsplanern offenlegte. <sup>72</sup>

67 Ni demagogia ni grupos de presión, in: Ya, 10.5.1966.

68 Balance de una libertad, in: Cuadernos para el diálogo, April 1966, S. 1–2.

69 Vgl. darüber hinaus die Rubriken »Aus anderen Quellen« (»De otras fuentes«) in der »La Vanguardia Española«, »Hier und da gelesen« (»Leído por ahí«) in »Pueblo«, »Presseauslese« (»Antología de la prensa«) in »Arriba« und »Presseschau« (»Revista de prensa«) in »Madrid«.

70 ¿Monarquía? ¿República? ¿Regencia?, in: Revista SP, 1.5.1966. Vgl. auch den Leitartikel von *Rodrigo Royo*, El futuro político, in: ebd., S. 15–16.

71 Vgl. *Bernardo de Salazar*, Equilibrios para llamar la atención, in: ABC Madrid, 5.5.1966, und *Lucas María de Oriol y Urquijo*, Fidelidad tradicionalista, in: ebd., 27.5.1966. Vgl. zu dieser Kontroverse auch Manipulaciones contra la historia, in: Arriba, 3.5.1966; Dos puntualizaciones, in: Informaciones, 6.5.1966; La forma política, in: ebd., 18.5.1966. Royo antwortete bereits am 15. Mai 1966 auf die Vorwürfe aus dem »ABC Madrid«. Vgl. *Rodrigo Royo*, La Monarquía del ABC, in: Revista SP, 15.5.1966, S. 17f.

72 Vgl. *José Miguel Ortí Bordás*, La nueva derecha española, in: Índice 208, 1966, S. 5–10; Polémica sobre la nueva derecha española. Fernández de la Mora – Ortí Bordás, in: Pueblo, 27.4.1966; Polémica sobre »La nueva derecha española«. Cartas de Fernández de la Mora y José Vidal-Beneyto, in: ebd., 2.5.1966.

Schließlich waren die Journalisten auch darum bemüht, den neu entdeckten Pluralismus mithilfe von Umfragen abzubilden. Noch im April 1966 hatte der Journalist Jesús-Rafael Alonso unter Verweis auf die britische Meinungsforschung beklagt, dass Spanien »in Bezug auf Umfragen und Statistiken ein unterentwickeltes Land« sei. Daher könne man über die politischen Einstellungen und Zukunftsvorstellungen der spanischen Bevölkerung allenfalls spekulieren. Vor dem Hintergrund der Möglichkeiten, die das neue Presseggesetz eröffnet habe, müssten »die Journalisten die ersten sein, die diesem Rückstand den Kampf ansagen«. <sup>73</sup> Schon wenige Wochen später waren in der spanischen Presse so viele Meinungsumfragen erschienen, dass die Zeitschrift »Cuadernos para el diálogo« die Umfragewut mit einer regelrechten »Masernepidemie« verglich. <sup>74</sup>

In der Mehrzahl dieser Erhebungen stand die Zukunft des Landes im Mittelpunkt – und damit implizit die Frage, was nach dem Tod des alternden Diktators geschehen würde. Im Mai 1966 reagierte etwa die Tageszeitung »Madrid« auf die Kontroverse um die Nachfolgeregelung mit einer viel beachteten Meinungsumfrage zur Monarchie, an der zahlreiche Politiker, Intellektuelle und Figuren des öffentlichen Lebens teilnahmen. <sup>75</sup> Bereits hier wurde deutlich, dass in der franquistischen Herrschaftselite keinesfalls Einigkeit über die Fortentwicklung des Regimes bestand. Kurz darauf veröffentlichte »Arriba« ebenfalls eine Erhebung zur »Zukunft Spaniens«. <sup>76</sup> Wenige Tage später zog der »ABC Madrid« mit einer Umfrage über die »Vervollkommnung der Spanischen Cortes« nach, in der sich bekannte Juristen zu Aspekten wie der »Vervollkommnung der Repräsentation der Familie« in der Ständekammer äußern sollten. <sup>77</sup> Dass diese »Umfrageritis« nicht auf die Meinungseliten des Landes beschränkt blieb, zeigt der Blick in die »Revista SP«: Denn offenbar war seit Anfang Mai 1966 eine solche »Lawine an Leserbriefen« zur politischen Zukunft des Landes eingegangen, dass das Magazin nur eine Auswahl von ihnen abdrucken konnte. <sup>78</sup>

Die Flut an Leserzuschriften führte in der Redaktion offenbar zum Entschluss, die Bevölkerung selbst zu Wort kommen zu lassen. Denn ab Anfang August führte die »Revista SP« unter der großen Überschrift »Auch das Volk äußert seine Meinung über die Zukunft Spaniens« eine Umfrage durch. Dafür wurden die Leser aufgefordert, unter Angabe ihrer Biografie und Beilegung eines Fotos ihre Wünsche in Bezug auf das zukünftige politische System zu äußern. Der Aufruf stieß auf großes Interesse und bis Mitte Oktober 1966 wurden die Antworten von insgesamt 57 Lesern und immerhin drei Leserinnen aus ganz Spanien abgedruckt. <sup>79</sup> Insbesondere die jüngeren Generationen hatten sich angesprochen gefühlt. <sup>80</sup> Die Erhebung ist nicht nur aufgrund der konkreten politischen Präferenzen der

---

73 Jesús-Rafael Alonso, Descubrimiento para el periodismo español, in: Revista SP, 17.4.1966, S. 3.

74 El sarampión de las encuestas, in: Cuadernos para el diálogo, Juni/Juli 1966, S. 1–2.

75 Vgl. den teilweisen Abdruck der Umfrage in: ABC Madrid, 27.5.1966; La Vanguardia Española, 3.5.1966, 5.5.1966, 17.5.1966 und 24.5.1966, sowie den Kommentar von Manuel Pombo Angulo, Vientos reales, in: ebd., 11.5.1966.

76 Vgl. Encuesta sobre el futuro de España, in: Arriba, 17.7.1966 und 19.7.1966. Vgl. auch den Teilabdruck der Umfrage: Opinión sobre el futuro, in: Revista SP, 24.7.1966, S. 26–27.

77 Vgl. En torno al perfeccionamiento de las Cortes Españolas, in: ABC Madrid, 28.7.1966 und 7.8.1966.

78 Opiniones sobre la monarquía, in: Revista SP, 19.6.1966, S. 9–15, hier: S. 9. Weitere Abdrucke als: Opiniones sobre la monarquía, in: ebd., 26.6.1966, S. 9–11.

79 Vgl. Encuesta al pueblo español, in: Revista SP, 7.8.1966, S. 18–20, 28.8.1966, S. 28–30, 4.9.1966, S. 28–30, 11.9.1966, S. 28–30, 18.9.1966, S. 44–46, 2.10.1966, S. 22–24, 9.10.1966, S. 34–36 und 16.10.1966, S. 42–45. Alle folgenden Zitate sind dieser Umfrage entnommen.

80 Von den 55 Leserinnen und Lesern, die ihr Alter angegeben hatten, gehörten 25 der Nachkriegsgeneration der zwischen 1940 und 1949 Geborenen an (≈ 45%); weitere 15 waren in den 1930er-Jahren geboren und hatten den Bürgerkrieg allenfalls als Kinder erlebt (≈ 27%).

Befragten interessant, sondern vor allem, weil sie zeigt, was nach dem Pressegesetz von 1966 öffentlich sagbar war.

Die Lektüre der Zuschriften macht zunächst deutlich, wie breit gefächert die politischen Zukunftsvorstellungen waren: Sie reichten von einer konstitutionellen oder karlistischen Monarchie über die Weiterführung des Franco-Regimes oder dem Wunsch nach einer »national-syndikalistischen Revolution« bis hin zu einer Republik mit demokratisch gewählter Regierung.<sup>81</sup> Der Blick auf die Geburtsjahrgänge der teilnehmenden Leserinnen und Leser zeigt, dass sich diese Präferenzen nicht generationell erklären lassen.<sup>82</sup> Ferner fällt auf, dass sich nur sechs der insgesamt 60 Befragten für die Restauration der Monarchie aussprachen, wie sie im Nachfolgegesetz von 1947 festgelegt worden war.<sup>83</sup> Hier waren es tatsächlich vor allem die Jüngeren, die diese Bestimmung offen kritisierten. So klagte der 29-jährige Jurist Julio Soto Jiménez, dass »[d]ie Rechte eine massive Propagandakampagne entfesselt hat, die das Volk glauben lassen soll, dass es sich eine Restauration des monarchischen Systems wünscht.«<sup>84</sup> Der ein Jahr jüngere Historiker Juan Antonio Lacomba Avellán forderte gar ein neues Referendum über die Nachfolgefrage, »da mehr als 50 Prozent von uns Spaniern 1947 nicht abgestimmt haben. Meine Generation, die mittlerweile in der Gesellschaft angekommen ist, sollte sich zu dieser Frage äußern können.«<sup>85</sup>

Während folglich nur 10% der Befragten mit der von Franco diktierten Nachfolgeregelung einverstanden waren, wünschte sich etwa ein Drittel eine wie auch immer geartete Kontinuität seines Regimes. Etwas mehr als ein weiteres Drittel plädierte hingegen für eine Demokratie oder sogar explizit für eine »demokratische Republik« – und dies, obwohl die Verteufelung eines solchen Systems unter Verweis auf das »Chaos« und die »Anarchie« der Zweiten Republik (1931–1936/39) auch drei Jahrzehnte nach dem Bürgerkrieg unverändert ein Kernstück der franquistischen Propaganda war.<sup>86</sup> Um sich gegen die »organische Demokratie« des Franco-Regimes abzugrenzen, nutzten die Leserinnen und Leser bestimmte begriffliche und sprachliche Strategien. So versahen einige das Adjektiv »demokratisch« mit attributiven Adverbien und sprachen von einem »wahrhaft demokratischen«, »vollständig demokratischen« oder »ersichtlich demokratischen« System.<sup>87</sup> Zwei weitere Leser träumten von einer »wahrhaftigen Demokratie« und ein Student forderte sogar eine »ihrem Namen Ehre machende, tatsächlich demokratische Regierung, die wahrhaft repräsentativ ist.«<sup>88</sup>

81 Nur der Vorschlag des 51-jährigen Eisenbahners Ricardo Suárez Fabrega stach unter diesen Zukunftsvisionen hervor. Denn er hielt fest, dass Spanien ein Regierungssystem brauche, »das dem deutschen nationalsozialistischen Regime der dreißiger Jahre so ähnlich wie möglich ist. Ein Regime, das die reaktionären Klassen unerbittlich an die Kandare nimmt, ohne gleichzeitig auf der Linken Anarchie zuzulassen, und das auf diese Weise in der Lage ist, die notwendigen Reformen umzusetzen.« Ricardo Suárez Fabrega, in: ebd., 2.10.1966, S. 22.

82 Vgl. Encuesta al pueblo español, in: ebd., passim.

83 Ein Leser und eine Leserin befürworteten eine karlistische Monarchie, die von der Nachfolgeregelung nicht vorgesehen war. Vgl. Agustín Conde Gómez, in: ebd., 4.9.1966, S. 29, und Carmen Valentina Peral, in: ebd., 16.10.1966, S. 45.

84 Julio Soto Jiménez, in: ebd., 28.8.1966, S. 29.

85 Juan Antonio Lacomba Avellán, in: ebd., 4.9.1966, S. 28.

86 Der 51-jährige Mario Hernández Álvarez gab in diesem Zusammenhang sogar an, den gesamten Bürgerkrieg über in der republikanischen Armee gekämpft zu haben und dass er Republikaner sein werde, »bis ich sterbe«. Mario Hernández Álvarez, in: ebd., 2.10.1966, S. 23.

87 Jesús Ordoñas Blanco, in: ebd., 2.10.1966, S. 20; José Bernabé Maestre, in: ebd., 28.8.1966, S. 30; Juan Antonio Lacomba Avellán, in: ebd., 4.9.1966, S. 28.

88 Ramón Abal y Abal, in: ebd., 16.10.1966, S. 45; José Antonio Sánchez del Cueto, in: ebd., 9.10.1966, S. 34; Julián Castello Jano, in: ebd., 18.9.1966, S. 46.

In zahlreichen Beiträgen findet sich darüber hinaus die Betonung des freien und allgemeinen Wahlrechts und der Kontrolle der Regierungstätigkeit durch die Bevölkerung.<sup>89</sup> Der 27-jährige Salvador Casas Berrocal wurde besonders deutlich, denn er erhoffte sich eine »demokratische Republik, die auf dem allgemeinen, unorganischen Wahlrecht basiert [...], das ungeachtet des Geschlechts von allen über 18-jährigen Spaniern ausgeübt wird.«<sup>90</sup> Wieder andere unterstrichen die Notwendigkeit von Parteien und die Chemielehrerin Mercedes Rodríguez García wünschte sich eine »demokratische Verfassung.«<sup>91</sup> Der Verweis auf das demokratische »Europa«, der ab Ende der 1960er-Jahre in der antifranquistischen Opposition zentral werden sollte, fand sich hingegen nur einmal. So prophezeite der 26-jährige Werbefachmann Antonio Javaloyes Berenguer, dass die »Entwicklung unserer Gesellschaft eine Verbindung mit Europa erzwingen wird«. Schon aus diesem Grund sei die Schaffung eines »demokratischen Rechtsstaates nach europäischem Modell« geradezu vorprogrammiert.<sup>92</sup>

An diesen Lesermeinungen, die die Diktatur zumindest indirekt infrage stellten, wird ersichtlich, wie sehr sich die Grenzen des öffentlich Sagbaren nach dem neuen Pressegesetz verschoben hatten. Offensichtlich war es möglich, die Zuschriften unzensiert zu publizieren, da in keiner von ihnen die »organische Demokratie« des Regimes direkt angegriffen wurde. Denn auch die Wünsche nach einer »wahrhaftigen Demokratie« wurden in einen Zukunftsraum nach Francos Tod verlagert. Dass die Redaktion der »Revista SP« mit ihrer dezidiert falangistischen Ausrichtung Interesse an einer Veröffentlichung hatte, kann zum einen auf ökonomische Beweggründe zurückgeführt werden: Bereits seit den 1950er-Jahren spekulierten viele Zeitungen darauf, mit waghalsigen Artikeln ihre Auflage zu steigern und sich gegenüber der Konkurrenz zu profilieren.<sup>93</sup> Zum anderen kann die Umfrage jedoch auch als Ausdruck einer größeren Akzeptanz für gesellschaftliche Konfliktivität und divergierende politische Ansichten gedeutet werden. Für diese These spricht, dass auch die beiden »Movimiento«-Blätter »Pueblo« und »Arriba« vor dem Plebiszit über das Staatsorganengesetz erklärte Regimegegner wie den Sozialisten und Freimaurer Antonio Villar Massó zu Wort kommen ließen, um einen »Dialog über das Referendum« anzustoßen.<sup>94</sup>

Die spanischen Journalisten gaben sich mit ihrer neuen Rolle als Informanten über zuvor tabuisierte Themen und als Plattform für den Meinungspluralismus jedoch nicht zufrieden. Darüber hinaus inszenierten sie sich auch als Mediatoren zwischen Bevölkerung und Regierung. So stellte ein Journalist in einem Leitartikel in der katholischen Tageszeitung »Ya« fest, dass der »Respekt vor der Autorität, die dringende Verpflichtung, die Regierung zu unterstützen, nicht mit ein[schließt] [...], die Stimmen der öffentlichen Meinung oder bestimmter Bevölkerungsschichten zum Schweigen zu bringen«. Vielmehr sei es die Aufgabe der Presse, »den Willen des Landes, sofern er uns zugänglich ist, der Regierung zu überbringen.«<sup>95</sup> Vor dem Hintergrund dieses neuen Selbstverständnisses agierte die Presse fortan als selbstbewusste Kritikinstanz. Des Weiteren machten zahlreiche Journalisten unter Berufung auf den »Volkswillen« mit immer deutlicheren Forderungen

89 Vgl. etwa Julio Soto Giménez und José Bernabé Maestre, in: ebd., 28.8.1966, S. 29f.; Gabriel Aguilar Ángel, in: ebd., 4.9.1966, S. 30; Desiderio de Frutos Manrique, in: ebd., 11.9.1966, S. 28; Jesús Ordovas Blanco, in: ebd., 2.10.1966, S. 22; José Antonio Sánchez del Cueto, in: ebd., 9.10.1966, S. 34.

90 Salvador Casas Berrocal, in: ebd., 16.10.1966, S. 44.

91 Vgl. Juan Antonio Lacomba Avellán, in: ebd., 4.9.1966, S. 28; Alfonso Guevara López, in: ebd., 18.9.1966, S. 44; Mercedes Rodríguez García, in: ebd., 28.8.1966, S. 28.

92 Antonio Javaloyes Berenguer, in: ebd., 7.8.1966, S. 20.

93 Vgl. *Chuliá*, El poder y la palabra, S. 124f.

94 Vgl. Diálogo sobre el referéndum, in: Pueblo, 7.12.1966, und Oportunidad a discrepantes, in: Arriba, 7.12.1966.

95 La discusión y la discrepancia, in: Ya, 23.3.1967.

nach einer Demokratisierung im Sinne einer tatsächlichen politischen Mitbestimmung der Bevölkerung auf sich aufmerksam.

Die neue Rolle als Kritikinstanz lässt sich beispielhaft an den Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsentwicklungspolitik des Regimes zeigen. Schon Anfang Mai 1966 wurde in einem Stimmungsbericht aus dem franquistischen Planungskommissariat alarmiert darauf hingewiesen, dass sich die Kritik an der Entwicklungsplanung seit Inkrafttreten des Pressegesetzes vervielfacht habe.<sup>96</sup> Und tatsächlich zeigt der Blick in die Zeitungslandschaft, dass die Wirtschaftspolitik des Regimes von diesem Zeitpunkt an zu einem stark umkämpften Politikfeld geworden war. Kritisiert wurden nicht nur die hohen Inflationsraten und die »Kolonialisierung« der spanischen Wirtschaft durch ausländische Investoren. Zugleich prangerten zahlreiche Journalisten die sozialen Verwerfungen infolge des raschen sozioökonomischen Transformationsprozesses, die mangelnde Wissenschaftlichkeit der franquistischen Planungsbemühungen sowie die einseitige Förderung des Industriesektors an.<sup>97</sup> Ferner nutzte eine neue, zum Teil marxistisch ausgerichtete Generation von Ökonomen die Presse, um die Wirtschafts- und Planungspolitik des Regimes als »gescheitert« zu brandmarken und sich auf diese Weise öffentlich zu Gegenexperten zu stilisieren.<sup>98</sup> Offensichtlich hatte die Regimepropaganda rund um das »spanische Wirtschaftswunder«, die sich vor allem auf quantitative Erfolgsmeldungen beschränkte, bereits Ende der 1960er-Jahre so stark an Glaubwürdigkeit verloren, dass sie in der Presse immer sarkastischer persifliert wurde.<sup>99</sup>

Die Forderungen nach einer effektiven politischen Mitbestimmung fanden sich nicht nur in regimekritischen Zeitungen wie der Tageszeitung »Madrid«, in der das Plädoyer für ein repräsentativeres politisches System damit begründet wurde, dass das »spanische Volk das letzte Wort haben sollte«.<sup>100</sup> Auch die katholische Tageszeitung »Ya« hatte sich bereits im Mai und Juni 1966 ähnlich positioniert. Unter Verweis auf die Regimepropaganda für eine Demokratisierung betonte man hier, dass im Land ein »gesunder Pluralismus [existiert], dessen Elemente und Strömungen zur politischen Entwicklung des Landes beitragen können und sollten«.<sup>101</sup> Ferner unterstrich man die Notwendigkeit eines »Gegengewichts« zur Exekutive in Form »wahrhaft repräsentativer Cortes [...], die dem Land erlauben, bei der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierungstätigkeit mitzuwirken«.<sup>102</sup>

Vor dem Referendum zum Staatsorgangesetz am 14. Dezember 1966 war ein exponentieller Anstieg dieser Forderungen zu verzeichnen. Denn in diesem Gesetz fand sich zum einen ein Passus, dem zufolge der »geordnete Zusammenfluss von Meinungen« und der »Gegensatz von Ansichten in Hinblick auf die politische Tätigkeit« in Zukunft »innerhalb

96 Vgl. *José María Lozano Iruete*, Informe de opinión pública correspondiente al mes de abril de 1966, Madrid, 6.5.1966, S. 1 und 4, Archivo General de la Universidad de Navarra, Fondo privado Laureano López Rodó (im Folgenden AGUN/LLR), 005/203/14 (1/6).

97 Vgl. *Hofmann*, Mit Franco in die Moderne?

98 Vgl. beispielhaft die zweiteilige Serie »Alarm in der spanischen Wirtschaft« von *Arturo López Muñoz*, Alarma en la economía española. En busca de un diagnóstico, in: *Triunfo*, 7.1.1967 und 14.1.1967, sowie die Sondernummer *La economía*. Los nuevos economistas opinan. Problemas estructurales y de coyuntura. Economía de las regiones, Cuadernos para el diálogo, extraordinario IX, Juli 1968.

99 Vgl. etwa die »der Entwicklung gewidmete« Ausgabe der beliebten Satirezeitschrift *La Codorniz*, Extra: dedicado al desarrollo, 28.12.1969.

100 ¿Estamos en un régimen representativo? El pueblo español debe tener la última palabra, in: *Madrid*, 8.9.1966.

101 Legitimidad de discrepancia, in: *Ya*, 15.6.1966. Vgl. außerdem Autenticidad representativa, in: ebd., 20.5.1966, und Tarea fundamental de esta hora, in: ebd., 22.5.1966.

102 Lo que el país espera, in: ebd., 11.6.1966.

der Prinzipien des Movimiento« gestattet sein würde.<sup>103</sup> Zum anderen sah es die Erweiterung der Cortes um die bereits erwähnten Familienrepräsentanten vor.<sup>104</sup> Nachdem Franco das Gesetz am 22. November 1966 vor den Cortes als Ausgangspunkt für eine »umfassende Demokratisierung des politischen Prozesses« bezeichnet hatte, brach in der Presse ein regelrechter Begeisterungssturm aus.<sup>105</sup> An den euphorischen Kommentaren und Artikeln der Folgetage lässt sich ablesen, was für enorme Erwartungen der Diktator mit seiner Rede ausgelöst hatte: So feierte man in der »La Vanguardia Española« den »gegenwärtigen Prozess der demokratischen Öffnung«, der aufgrund der »notwendigen progressiven Entwicklung [und] der unumgänglichen Demokratisierung unseres politischen Systems« endlich in einen »neuen politischen Mechanismus« münden werde.<sup>106</sup> In der Tageszeitung »Madrid« war sogar vom Beginn einer »neuen Epoche in der Geschichte Spaniens« die Rede, aus der ein »junges, soziales, demokratisches, europäisches Spanien« mit »neuen politischen Spielregeln« hervorgehen werde.<sup>107</sup>

Das Plebiszit am 14. Dezember 1966 wurde von der Presse als »großer Tag der Staatsbürgerschaft« gefeiert. Obwohl von einer Wahl im eigentlichen Sinne nicht die Rede sein konnte, bewertete die Tageszeitung »Ya« allein den Akt des Abstimmens als positives Zeichen. Denn er sei der Beweis dafür, dass »[d]as Volk befragt werden will. Es möchte seine Meinung kundtun, weil es dazu berechtigt ist. Es ist entschlossen, sein Gewicht in der Regierung des Staates geltend zu machen.«<sup>108</sup> Auch im »ABC Madrid« war der Leitartikel zum Referendum mit der Überschrift »Die Zukunft gehört dem Volk« versehen.<sup>109</sup> Darüber hinaus wurde die Funktion des Plebiszits als »Training für die spanischen Staatsbürger« oder als Maßnahme der »politischen Erziehung« hervorgehoben.<sup>110</sup> Zahlreiche Journalisten deuteten die Abstimmung nicht zuletzt als Beleg für die »politische Reife« und »Vernunft« der spanischen Bevölkerung.<sup>111</sup> Damit konterkarierten sie den vom Regime immer wieder bemühten Topos, nach dem die Spanier aufgrund ihres individualistischen Charakters nur mit »harter Hand« regiert werden könnten.<sup>112</sup>

---

103 Art. 4 und 21, Ley Orgánica del Estado, núm. 1/1967, de 10 de enero, in: BOE, 11.1.1967, S. 466–477, hier: S. 467 und 469.

104 Vgl. ebd., S. 466, sowie Declaración XIII, in: ebd., S. 475.

105 Rede Francos vor dem Plenum der Cortes am 22.11.1966, abgedr. als: En un clima de singular expectación. Histórico mensaje del Caudillo a las Cortes, in: La Vanguardia Española, 23.11.1966. Diese Aussage wurde von hohen Regimefunktionären aufgegriffen. Vgl. etwa die Äußerungen von Alejandro Rodríguez de Valcárcel, Vizeregensekretär des »Movimiento«, und von Informations- und Tourismusminister Manuel Fraga Iribarne, abgedr. als: Manifestaciones del señor Rodríguez de Valcárcel, in: ebd., 7.12.1966, und Declaraciones del ministro de Información y Turismo, in: Madrid, 6.12.1966.

106 Nuevo mecanismo político, in: La Vanguardia Española, 24.11.1966, und El Jefe de un Estado soberano, in: ebd., 25.11.1966.

107 Un periodo se cierra en la historia de España. Se abre otro con un nuevo juego político, in: Madrid, 22.11.1966.

108 Gran jornada de ciudadanía, in: Ya, 15.12.1966.

109 El futuro pertenece al pueblo, in: ABC Madrid, 15.12.1966.

110 Por una paz dinámica, in: La Vanguardia Española, 16.12.1966.

111 Vgl. neben den bereits zitierten Artikeln Comienza el futuro. España sancionó la nueva Constitución, in: Madrid, 15.12.1966.

112 Vgl. Antonio Cazorla Sánchez, Fear and Progress. Ordinary Lives in Franco's Spain, 1939–1975, Malden/Oxford 2010, S. 50.

## III. OPPOSITION VON INNEN: DIE FAMILIENREPRÄSENTANTEN IN DEN CORTES

Die für den 10. Oktober 1967 angesetzte Wahl von 108 Familienrepräsentanten in die Cortes wurde vor diesem Hintergrund als wichtiger Schritt hin zu einer Demokratisierung des Regimes wahrgenommen und zugleich als einschneidende Zäsur bewertet. Denn es handelte sich um nicht mehr und nicht weniger als »die ersten Wahlen mit direkter Partizipation, die nach dreißig Jahren in Spanien stattfinden«. <sup>113</sup> Auf besondere Aufmerksamkeit stießen zunächst die Wahlprogramme der insgesamt 316 Kandidaten, die zusammen mit Fotos und kurzen Biografien in den überregionalen und lokalen Zeitungen abgedruckt wurden. <sup>114</sup> Bis auf wenige Ausnahmen gehörten die Kandidaten und die an einer Hand abzählbaren Kandidatinnen alle der gebildeten Mittel- und Oberschicht an. Wie in »franquistischen Biografien« üblich, wurde an erster Stelle auf die (meist hohe) Zahl der Kinder verwiesen und, falls dies aufgrund des Alters möglich war, auf die Teilnahme am Bürgerkrieg auf franquistischer Seite. <sup>115</sup> In ihren Programmen versprachen die Bewerberinnen und Bewerber, sich für verschiedene wirtschafts-, sozial- und familienpolitische Belange oder für lokale Angelegenheiten einzusetzen. Einige von ihnen traten sogar mit eigenen Wahlslogans an. Dazu gehörten etwa der Madrider Anwalt Juan Manuel Fanjul mit seinem Wahlspruch »Wähle Effizienz, wähle Fanjul« sowie sein Mitkandidat Jaime de Foxá y Torroba, der mit dem Motto »Für ein fröhliches und gerechtes Spanien« warb. <sup>116</sup> Die 48-jährige Hausfrau María Luisa Sánchez de Ibargüen y Troya, die sich in der Provinz Sevilla zur Wahl stellte, forderte hingegen unter dem Leitspruch »Die Männer bauen die Welt. Die Frauen das Heim« ein Ende der weiblichen Emanzipation. <sup>117</sup>

Einige von ihnen formulierten jedoch auch weiter reichende politische Forderungen. So plädierte der Rektor der Universität Salamanca Alfonso Balcells Gorina, der für die Provinz Barcelona kandidierte, für die »freie Äußerung von Meinungsverschiedenheiten« und eine »legale Opposition«. <sup>118</sup> Zudem müssten die Cortes, die sich bisher vor allem durch »Applaus, Amen und Schweigen« ausgezeichnet hätten, in eine Kammer verwandelt werden, in der »die wirkungsvolle Mitsprache der Bürger im öffentlichen Leben« gewährleistet sei. <sup>119</sup> Der bereits erwähnte Juan Manuel Fanjul sprach sich in einem Interview im »ABC Madrid« ebenfalls für eine Aufwertung der Cortes als legislatives Kontrollgremium aus:

113 El »futuro« cada día está más cerca, in: La Verdad, abgedr. in: Madrid, 28.9.1967. Vgl. die nahezu gleichlautende Beschreibung in Importancia de las elecciones por representación familiar, in: La Vanguardia Española, 11.10.1967, und Elecciones en paz, in: ABC Sevilla, 11.10.1967. Zur Wahrnehmung der Wahlen als Ausdruck einer politischen »Öffnung« in der spanischen Presse vgl. *Cobo Pulido*, La representación familiar en la España de Franco, S. 226–240.

114 Vgl. die Wahlprogramme der Kandidaten für die Provinz Barcelona: Semblanza biográfica y programas de los candidatos a Procuradores de Representación Familiar por Barcelona, in: La Vanguardia Española, 1.10.1967; für die Provinz Madrid: Biografías y programas de los candidatos a procuradores, de representación familiar, por la provincia de Madrid, in: ABC Madrid, 28.9.1967; für die Provinzen Sevilla, Córdoba, Cádiz und Huelva: Candidatos a procuradores por representación familiar, in: ABC Sevilla, 27.9.1967 und 30.9.1967.

115 Vgl. ebd. sowie *Cobo Pulido*, La representación familiar en la España de Franco, S. 293, und *Francisco Miranda Rubio*, Los procuradores de representación familiar en la novena legislatura franquista (1967–1971), in: Príncipe de Viana 55, 1994, S. 615–638, hier: S. 619f.

116 Vgl. die ganzseitigen Werbeanzeigen in: ABC Madrid, 10.10.1967.

117 María Luisa Sánchez de Ibargüen y Troya, in: ABC Sevilla, 27.9.1967.

118 Semblanza biográfica y programas de los candidatos a procuradores de representación familiar por Barcelona, in: La Vanguardia Española, 1.10.1967.

119 El Doctor Balcells, candidato por Barcelona, teme que en las nuevas Cortes haya muchos procuradores de »aplaus, amén y silencio«, in: Madrid, 6.10.1967.



»Meiner Meinung nach muss der Schwerpunkt der zukünftigen Cortes darauf liegen, dass sie ihre kritische Rolle in Bezug auf die Regierungsarbeit wahrnehmen. In den vergangenen Jahren haben sich die Cortes vor allem durch ein Übermaß an legislativer Arbeit bei gleichzeitig nicht vorhandener Kritik hervorgetan [...]. Wenn das Volk sich davon überzeugen kann, dass der Prokurator nicht nur gerechte Gesetze vorbereitet, sondern auch deren Anwendung überwacht und die Regierungstätigkeit und -programme kontrolliert; wenn es sieht, dass die Minister aufstehen müssen, um sich zu erklären, und dass mit einer Interpellation<sup>120</sup> des Prokurators tatsächlich in vielen Fällen erreicht wird, dass irrige Entscheidungen korrigiert werden, dann wird sich seine Einstellung ändern, und dann wird man das Wahlvolk bei zukünftigen Wahlen nicht mehr dazu auffordern müssen, zu wählen, weil es dann in Massen zu den Urnen streben wird, um für seine Prokuratoren die Stimme abzugeben.«<sup>121</sup>

Der Möbelfabrikant Eduardo Tarragona, der für die Provinz Barcelona antrat, gab sich in seinem Programm als Anhänger einer »starken Regierung« zu erkennen, »die jedoch vom Land kontrolliert wird«. Zudem unterstrich er die politische Reife der spanischen Bevölkerung, wenn er anmerkte: »Ich bin enthusiastisch in Bezug auf den Demokratisierungsprozess des Landes und ich glaube, dass dieser reibungslos ablaufen wird, weil wir mittlerweile volljährig sind.« Schließlich trat er mit dem durchaus gewagten Programmpunkt an, sich für die »ausdrückliche Anerkennung der historischen Identität« Kataloniens einsetzen zu wollen.<sup>122</sup> Wie ernst es ihm damit war, zeigte ein handgeschriebener Brief seiner Ehefrau, den Tarragona am Wahltag in der barcelonischen Presse veröffentlichen ließ. Hier bat sie die verheirateten Frauen Barcelonas in einer spanischen und in einer katalanischen Version, für ihren Mann zu stimmen.<sup>123</sup>

Obwohl in zahlreichen Wahlkreisen sogenannte »offizielle Kandidaten« aufgestellt worden waren, die bereits Posten im »Movimiento«, der »Organización Sindical« oder der Staatsverwaltung innehatten, gelang auch einer beträchtlichen Anzahl von sogenannten *candidatos independientes* der Einzug in die Cortes.<sup>124</sup> Die Familienrepräsentanten, die fortan knapp 20% der Abgeordneten stellten, machten sofort nach den Wahlen in mehrfa-

120 Die Geschäftsordnung der Cortes unterschied drei verschiedene Arten der Anfrage: Die Interpellation (*interpelación*), das heißt die vor dem Plenum formulierte Bitte eines Prokurators an die Regierung, in Bezug auf ihre politischen Maßnahmen vor den Cortes Stellung zu beziehen; der Antrag (*ruego*), mit dem Prokuratoren gegenüber der Regierung konkrete Anliegen formulieren konnten, sowie die Anfrage (*pregunta*), mit der die Regierung beziehungsweise einzelne Minister um die Beantwortung einer konkreten Frage zu ihrem Geschäftsbereich gebeten werden konnten. Vgl. Beck, Das spanische Regierungssystem unter Franco, S. 371–374.

121 Juan Manuel Fanjul, ante los problemas sociales, económicos y políticos de esta hora pre-eleitoral, in: ABC Madrid, 8.10.1967.

122 Semblanza biográfica y programas de los candidatos a procuradores de representación familiar por Barcelona, in: La Vanguardia Española, 1.10.1967.

123 Vgl. Lletra oberta de Donya Josefina Corominas de Tarragona a les dones de Barcelona und Carta abierta de doña Josefina Corominas de Tarragona a las mujeres de Barcelona, in: ebd., 10.10.1967.

124 Eine Liste mit den gewählten Familienrepräsentanten findet sich in: Relaciones de los vencedores en las elecciones del martes, in: ebd., 12.10.1967. Immerhin drei der *procuradores familiares* waren Frauen, die alle der falangistischen Frauenorganisation »Sección Femenina« angehörten: Ana Ballenilla (Provinz Alicante), Josefina Veglisson (Provinz Madrid) und María Belén Landáburu (Provinz Burgos). Zusammen mit Mónica Plaza de Prado (Nationalrätin des »Movimiento«), Pilar Primo de Rivera (Nationaldelegierte der »Sección Femenina«) und Teresa Lohring (Nationalesekretärin der »Sección Femenina«) waren damit seit Herbst 1967 sechs Frauen in den Cortes vertreten. Vgl. *Inmaculada Adrián Gálvez*, Culturas políticas y mujeres en el poder durante el franquismo: Las Procuradoras a Cortes 1943–1975, in: *Vicent Bellver Loizaga/Francesco D'Amato/Isabel Molina Puertos* u. a. (Hrsg.), *Otras voces, otros ámbitos. Los sujetos y su entorno. Nuevas perspectivas de la historia sociocultural*, Valencia 2015, S. 8–12, hier: S. 8f.

cher Hinsicht auf sich aufmerksam: Zunächst stammte ein im Vergleich zu ihrer Anzahl überproportionaler Anteil von *ruegos y preguntas* (Anfragen und Anträge), die laut Geschäftsordnung der Cortes von der Regierung beziehungsweise einzelnen Ministern öffentlich beantwortet werden mussten, aus der Feder sogenannter »unabhängiger« Familienrepräsentanten: Im Jahr 1968 reichten sie 34 der insgesamt 54 Anfragen und Anträge ein (das heißt 68%); ein Jahr darauf waren es 49 von insgesamt 68 (das heißt 72%).<sup>125</sup> Dabei formulierten die *procuradores familiares* bis zu diesem Zeitpunkt unvorstellbare Forderungen wie die Wiedereingliederung von Beamten in den öffentlichen Dienst, die nach dem Sieg der Franquisten im Bürgerkrieg aus politischen Gründen entlassen worden waren, oder eine Kriegsrente für republikanische Kriegsverwehrte.<sup>126</sup> Aber auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht griffen sie ein: So beschwerte sich der spanische Planungskommissar Laureano López Rodó in einer Audienz bei Franco im März 1968 empört über das »beschämende parlamentarische Spektakel« bei den Debatten um den Staatshaushalt 1968/69.<sup>127</sup> Denn anders als sonst hatten sich die Diskussionen außergewöhnlich lang hingezogen, da drei Familienrepräsentanten Änderungsanträge eingereicht hatten, die den gesamten Haushaltsentwurf betrafen.<sup>128</sup> Selbstverständlich konnten sie die Abstimmung über den Staatshaushalt aufgrund ihrer geringen Zahl nicht beeinflussen. Trotzdem stammten immerhin 14 der insgesamt 23 Gegenstimmen von ihnen.<sup>129</sup>

Ferner organisierten die »unabhängigen« *procuradores familiares* außerparlamentarische Versammlungen, um ihre politischen Strategien aufeinander abstimmen zu können. Schon das erste Treffen von 17 Familienrepräsentanten in Pamplona am 20. Januar 1968 wurde von einem breiten Presseecho begleitet. Hier diskutierten die Abgeordneten unter anderem über eine demokratischere Gestaltung der Cortes-Geschäftsordnung und das geplante Gesetz über Staatsgeheimnisse, mit dem der Presse zusätzliche Beschränkungen für die Berichterstattung auferlegt werden sollten.<sup>130</sup> Um nicht mit dem Regime in Konflikt zu geraten, imitierte der Familienrepräsentant Jesús Esperabé de Arteaga (Provinz Salamanca) in einem Interview in »Madrid« geschickt den franquistischen Sprachduktus. Denn er betonte, dass er und seine Kollegen mit dieser Versammlung keinesfalls das Ziel verfolgten,

125 Vgl. *Cobo Pulido*, La representación familiar en la España de Franco, S. 325, und *Bernardo Díaz-Nosty*, Las Cortes de Franco. 30 años orgánicos, Barcelona 1972, S. 112f.

126 Vgl. *Paloma Aguilar*, Memory and Amnesia. The Role of the Spanish Civil War in the Transition to Democracy, New York 2002 (zuerst span. 1996), S. 93–96 und 198f., und die zeitgenössische Darstellung bei *Fernando Prieto*, España política 1969, Bilbao 1970, S. 107–113. Die Regierung wies die Forderung nach einer Wiedereingliederung von Beamten in den öffentlichen Dienst im April 1969 unter Verweis auf finanzielle und gesetzliche Schwierigkeiten zurück. Erst nach Francos Tod wurde im Jahr 1978 die Gleichbehandlung republikanischer und franquistischer Bürgerkriegssoldaten in Bezug auf die Rente gesetzlich festgeschrieben. Vgl. *Aguilar*, Memory and Amnesia, S. 95f. und 199.

127 Handschriftliche Notizen von Laureano López Rodó, Audienz bei Franco am 27.3.1968, AGUN/LLR, 005/420/37 (4/6).

128 Vgl. En la Comisión de Presupuestos de las Cortes. En tres enmiendas a la totalidad se pide la devolución del Proyecto de Presupuestos Generales del Estado, in: La Vanguardia Española, 14.3.1968.

129 Der Haushalt wurde mit 387 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen. Vgl. *Julio Trenas*, Impresión parlamentaria. Votación nominal, in: ebd., 4.4.1968.

130 Vgl. *Miguel de Iruña*, Diecisiete procuradores se reúnen en Pamplona para estudiar conjuntamente el proyecto de ley de Secretos Oficiales. Los representantes en Cortes por el tercio familiar tomaron importantes acuerdos, in: ebd., 21.1.1968. Eine Namensliste der 17 in Pamplona versammelten Familienrepräsentanten findet sich in Comunicado oficial, in: Madrid, 22.1.1968.

»eine abweichlerische Minderheit innerhalb unserer legislativen Kammer zu begründen, sondern die gegenwärtig bestehenden politischen Einflussmöglichkeiten innerhalb der geltenden Verfassungsordnung zu vervollkommen, ihnen den letzten Schriff zu verleihen und sie wirkungsvoller auszugestalten«.<sup>131</sup>

Auch die nachfolgenden Sitzungen der »wandernden Cortes« (*Cortes trashumantes* oder *itinerantes*), wie sie schon bald genannt wurden, in Salamanca, Madrid, Zaragoza und Barcelona wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.<sup>132</sup> In der Presse wurden diese Treffen als radikaler Bruch in der politischen Kultur des Landes gefeiert und mit »Hoffnung auf Erneuerung« verbunden. Denn die »unabhängigen« Familienrepräsentanten, so das Wochenmagazin »Mundo«,

»spiegeln [...] die Sehnsucht nach Entwicklung und die offene und am Dialog interessierte Haltung einer großen Zahl von Spaniern wider, die sich mit den traditionellen politischen Kanälen nicht mehr zufriedengeben und die anstreben, neue Wege zu schaffen, die sich mit der spanischen Gesellschaft des Jahres 1968 besser in Einklang befinden«.<sup>133</sup>

Die landesweite Bekanntheit, die einige Familienrepräsentanten schon kurz nach den Wahlen erlangten, kann neben ihrem Einsatz in den Cortes auch damit erklärt werden, dass sie einen neuartigen politischen Stil pflegten. Dies lässt sich beispielhaft an Eduardo Tarragona zeigen, dessen »neue und ungewohnte Art zu handeln« schon von Zeitgenossen hervorgehoben wurde.<sup>134</sup> Bei den Wahlen im Oktober 1967 hatte er insgesamt 435.815 Stimmen erhalten und vertrat seitdem gemeinsam mit dem Sportfunktionär des »Movimiento« Juan Antonio Samaranch die Familien der Provinz Barcelona.<sup>135</sup> Nach der Wahl schaltete Tarragona zunächst Anzeigen in der »La Vanguardia Española«, in denen er sich wiederum in zwei Sprachen – Spanisch und Katalanisch – bei seinen Wählern, Wahlhelfern und den Mitarbeitern der Post bedankte, die seine Wahlwerbung verteilt hatten.<sup>136</sup> Wenige Tage später veröffentlichte er einen Leserbrief, in dem er die Kosten seiner Wahlkampagne offenlegte. Es handelte sich um immerhin 2.037.049 Peseten (circa 136.000 DM), die er aus eigener Tasche bezahlt hatte. Als Grund gab er nicht nur an, seinen Wählern größtmögliche Transparenz schuldig zu sein. Zudem, so Tarragona, wolle er dem Eindruck entgegenwirken, »dass man in die Politik geht, um Geld zu verdienen«.<sup>137</sup> Nach der feierlichen Vereidigung in den Cortes am 16. November 1967 erschien erneut eine große Zeitungsanzeige auf Spanisch und auf Katalanisch, in der er seine Wähler wissen ließ, dass »ich mich, wie

131 Pamplona: Reunión de procuradores familiares. Suscribieron la reforma del Reglamento de las Cortes, in: ebd., 22.1.1968.

132 Beim Treffen in Salamanca am 11. Februar 1968 nahmen bereits 32 *procuradores familiares* teil, in Madrid am 10. März 1968 waren es 75. Vgl. *Miranda Rubio*, Los procuradores de representación familiar en la novena legislatura franquista, S. 626 und 628f. Ein Überblick über die verschiedenen Sitzungen findet sich in *Díaz-Nosty*, Las Cortes de Franco, S. 79–104. Darüber hinaus wurden regionale Zusammenkünfte organisiert wie dasjenige der Familienrepräsentanten der westandalusischen Provinzen Sevilla und Cádiz am 21. Januar 1968. Vgl. La reunión de procuradores en Cortes en Sevilla, in: ABC Sevilla, 31.1.1968.

133 Cortes transhumantes, esperanza de renovación, in: Mundo, 4.1.1969, S. 53–54, hier: S. 54.

134 *Franco Estadella*, El señor Tarragona. Semblanza política, Barcelona 1971, S. 7. Zu Tarragonas Biografie vgl. Tarragona Corbella, Eduardo, in: Quién es quién en las Cortes Españolas, Madrid 1972, S. 900f.

135 Samaranch, der seit 1966 Nationaldelegierter des »Movimiento« für Sport und körperliche Erziehung war, erzielte 526.366 Stimmen. Vgl. Proclamación oficial de los procuradores en Cortes señores Samaranch y Tarragona, in: La Vanguardia Española, 15.10.1967. Zur Wahlkampagne von Tarragona vgl. *Estadella*, El señor Tarragona, S. 57–66.

136 Vgl. Don Eduardo Tarragona Corbella agradece bzw. Don Eduardo Tarragona i Corbella agraeix, in: La Vanguardia Española, 12.10.1967 und 15.10.1967.

137 Gastos electorales de don Eduardo Tarragona, in: ebd., 19.10.1967.

ich es während meiner Wahlkampagne versprochen habe, in den Dienst aller Familienoberhäupter, verheirateten Frauen und Volljährigen über 21 Jahre stelle«. Um jederzeit persönlich erreichbar zu sein, habe er ein Abgeordnetenbüro mit offener Sprechstunde in Barcelona eingerichtet.<sup>138</sup> Dass dieses Angebot von den Wählern angenommen wurde, zeigen die insgesamt 1.017 persönlichen Besuche und die 2.452 Briefe, die Tarragona nach eigener Aussage allein bis Oktober 1969 erhielt.<sup>139</sup>

Wie ernst es der barcelonische Familienrepräsentant mit seiner Ankündigung meinte, seinen Wählern »dienen« zu wollen, zeigte seine rastlose Tätigkeit in den kommenden Jahren. Bis Oktober 1969 richtete er insgesamt 158 Interpellationen, Anfragen und Anträge an die Regierung und an staatliche und lokale Verwaltungsstellen. Diese reichten von einem Reformvorschlag für die Arbeitslosenversicherung über die Lösung der Wohnungsnot in den Slumvorstädten Barcelonas und die Versorgung psychisch Kranker bis hin zu Forderungen nach einer Rente für republikanische Kriegsversehrte. Grundlage waren persönliche Gespräche mit seinen Wählern sowie schriftliche Anfragen.<sup>140</sup> Daneben nahm er an den Sitzungen lokaler und regionaler Vereine wie der Vereinigung der Hausfrauen (»Agrupación de Amas de Casa«) oder der Allgemeinen Assoziation der Familienvorstände (»Asociación de Cabezas de Familia«) teil.<sup>141</sup> Ferner hielt er zahlreiche Vorträge in den großen Städten des Landes, aber auch in der Provinz Barcelona, zu denen er seine Wähler per Anzeige einlud.<sup>142</sup> Hier ging es nicht nur um wirtschafts-, sozial- und familienpolitische Themen. Denn Tarragona berichtete mit plakativen Vortragstiteln wie »Was kann ich in den Cortes erreichen?«, »Die Prokuratoren innerhalb und außerhalb der Cortes« und »Die Cortes-Prokuratoren und ihre Arbeit« auch über seine Erfahrungen als Abgeordneter.<sup>143</sup> Des Weiteren veröffentlichte er eine Unzahl an Leserbriefen, in denen er seine Wähler über seine Arbeit informierte.<sup>144</sup> Zugleich machte er immer wieder öffentlich darauf aufmerksam, dass zahlreiche seiner Anfragen von der Regierung nicht innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraums beantwortet worden seien.<sup>145</sup> Zusammen mit anderen »unabhängigen« Familienrepräsentanten wie Juan Manuel Fanjul (Provinz Madrid), José Martínez Romero (Provinz Cádiz) oder Joaquín Luaces Saavedra (Provinz Valladolid) und sekundiert von Tageszeitungen wie der katholischen »Ya« stritt er schließlich für eine Reform der Cortes-Geschäftsordnung. Denn die bisherige Regelung, da waren sich die genannten

138 A los cabezas de familia de la provincia de Barcelona bzw. Als caps de familia de la provincia de Barcelona, in: ebd., 17.11.1967.

139 Vgl. *Estadella*, El señor Tarragona, S. 111.

140 Vgl. Mi actuación como procurador, in: *La Vanguardia Española*, 28.9.1971. Die Briefwechsel mit den Wählern und Tarragonas Anträge finden sich abgedr. in: *Eduardo Tarragona*, Libro negro del procurador familiar Tarragona, Barcelona 1971.

141 Vgl. etwa Casi un millar de amas de casa se reunieron ayer en el Gran Price, in: *La Vanguardia Española*, 1.12.1967; Conferencia de don Eduardo Tarragona, in: ebd., 14.1.1968; Pisos para los barraquistas de Montjuic, in: ebd., 29.2.1968.

142 Vgl. etwa die Anzeige A las asociaciones familiares de Barcelona, in: ebd., 9.1.1968.

143 Vgl. »¿Qué puedo hacer en las Cortes?«, in: ebd., 13.12.1967; D. Eduardo Tarragona, in: *ABC Madrid*, 15.12.1967; Don Eduardo Tarragona disertó sobre »Los procuradores fuera y dentro de las Cortes«, in: *La Vanguardia Española*, 7.3.1968; »Los Procuradores en Cortes y su gestión«. Conferencia de don Eduardo Tarragona, in: ebd., 12.1.1968.

144 Vgl. etwa Los niños subnormales y los enfermos mentales, in: ebd., 4.2.1968; El barraquismo en Montjuic, in: ebd., 10.3.1968; El problema de la enseñanza primaria, in: ebd., 11.8.1968; Los problemas de La Llagosta, in: ebd., 21.8.1968.

145 Vgl. Carta abierta a los padres de niños subnormales, in: ebd., 4.5.1968, und Los ruegos y preguntas del señor Tarragona al gobierno, in: ebd., 26.5.1968.

Familienprokuratoren einig, verwehrte den Abgeordneten nahezu jede Möglichkeit, tatsächlich auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen.<sup>146</sup>

In vielen seiner Schreiben und Vorträge wandte Tarragona eine argumentative Strategie an, die auch von anderen »unabhängigen« *procuradores familiares* genutzt wurde: Er präsentierte seine gesamte Tätigkeit als Ausdruck des »Führerwillens«. So zitierte er zu Beginn seiner Ausführungen gerne die Worte, die Franco anlässlich der Eröffnung der neunten Sitzungsperiode der Cortes am 17. November 1967 an die neuen Familienrepräsentanten gerichtet hatte:

»Zum ersten Mal sind – direkt gewählte – Familienrepräsentanten in den Cortes vertreten. Auf Grundlage dieser Keimzelle des gesellschaftlichen Lebens [...] kann eine saubere politische Vollstreckung garantiert werden. [...] Ihr sollt drei Funktionen erfüllen, die für die politische Ordnung von höchster Wichtigkeit sind: Repräsentieren, beraten [deliberar] und gesetzgeberisch tätig sein. Repräsentation des spanischen Volkes auf höchster Ebene. Ihr repräsentiert die gesamte Nation: Ihr sollt dies in entscheidenden Momenten tun, aber auch während Eures bescheidenen und beständigen Tagewerks, bei dem Ihr Euch nach Kräften anstrengen müsst, wirklich jedem, den Ihr repräsentiert, zu dienen.«<sup>147</sup>

Teilweise versah Tarragona dieses Zitat mit einem Zusatz wie bei einem Vortrag am 19. Dezember 1967 in der »Casa de Madrid« in Barcelona: »[I]ch leiste diesem Befehl des Staatsherrn Folge. Ich möchte wirklich jedem meiner Wähler dienen.«<sup>148</sup> Der Verweis auf den Diktator diente ihm zudem dazu, seine Kritik an der Funktionsweise der Cortes zu untermauern. So betonte er, dass es aufgrund der »Hindernisse« und »Stolpersteine« in der Geschäftsordnung fast unmöglich sei, die vom Diktator aufgetragene »Mission« zu erfüllen. Daher müsse das Reglement schon deswegen schnellstmöglich reformiert werden, »damit jene Forderungen erfüllt werden können, die der *Caudillo* selbst in seiner Eröffnungsrede der Cortes formuliert hat«.<sup>149</sup>

Neben der Berufung auf Franco legitimierte Tarragona seine parlamentarische Arbeit, indem er sich als Repräsentanten des »Volkswillens« inszenierte. In diesem Zusammenhang wurde er nicht müde zu betonen, dass die *procuradores familiares* die einzigen politischen Vertreter auf nationaler Ebene seien, die in direkter Wahl von der Bevölkerung bestimmt worden seien. Dass sich zumindest seine Wähler tatsächlich auf neuartige Weise repräsentiert fühlten, zeigt der Beiname, der ihm schon bald in Barcelona verliehen wurde: »Die Stimme der Stimmlosen«.<sup>150</sup> Zugleich machte der Möbelfabrikant ein ähnliches Argument stark wie zahlreiche Journalisten: So hob er hervor, dass es den Familienrepräsentanten durch die Widerspiegelung der »öffentlichen Meinung« gelungen sei, »eine

146 Vgl. Prieto, *España política 1969*, S. 68f. Vgl. auch das Plädoyer von Joaquín Luaces Saavedra, *El pueblo se ha sentido ajeno*, in: *El Norte de Castilla*, 16.10.1968.

147 Rede Francos zur Eröffnung der neunten Sitzungsperiode der Cortes am 17.11.1967, abgedr. als: *Discurso de Franco en la apertura de las tareas parlamentarias*, in: *ABC Madrid*, 18.11.1967.

148 Conferencia de don Eduardo Tarragona en la Casa de Madrid, in: *La Vanguardia Española*, 20.12.1967. Weitere Beispiele für die Nutzung des Franco-Zitats durch Tarragona: Schreiben von Eduardo Tarragona an Luis Carrero Blanco, Barcelona, 5.1.1968, in: *Tarragona*, *Libro negro del procurador familiar Tarragona*, S. 14–16, hier: S. 15; Schreiben von Eduardo Tarragona an den Cortes-Präsidenten Antonio Iturmendi Bañales, Barcelona, 25.3.1968, in: ebd., S. 22–24, hier: S. 22; *Declaraciones de Eduardo Tarragona*, in: *La Vanguardia Española*, 21.1.1968.

149 Don Eduardo Tarragona disertó sobre »Reforma del Reglamento de las Cortes«, in: ebd., 20.6.1968. Weitere Familienrepräsentanten wie die beiden Vertreter der Provinz Navarra Auxilio Goñi Donázar und José Ángel Zubiaur Alegre kritisierten die Geschäftsordnung mit ähnlichen Argumenten. Vgl. *Declaraciones de dos procuradores en Cortes por la representación familiar de Navarra*, in: ebd., 20.12.1967.

150 Vgl. beispielsweise Don Eduardo Tarragona disertó sobre »Reforma del reglamento de las Cortes«, in: ebd., 20.6.1968.

Reihe von Problemen auf die Tagesordnung zu bringen, die schon im Verdeckten existierten, aber nicht öffentlich thematisiert werden konnten«. <sup>151</sup> Äußerst selbstbewusst stellte er fest, dass sie auf diese Weise zu einer Veränderung des gesamten politischen Klimas beigetragen hätten. So würden auch die älteren Cortes-Vertreter »nun lernen, miteinander in Dialog zu treten«. Trotz der geringen Stärke der Familienrepräsentanten gab sich Tarragona daher zuversichtlich:

»Wir wissen zwar [...], dass wir keine Abstimmung gewinnen werden, aber mit unserem Blick auf die Dinge und dank unserer Bemühungen wird es uns vielleicht gelingen, das zu erreichen, was uns der Staatschef in seiner Rede zur Eröffnung der gegenwärtigen Sitzungsperiode aufgetragen hat: ›Die Schaffung von politischem Leben‹.« <sup>152</sup>

Dass Tarragona die Macht der »unabhängigen« Familienvertreter in den Cortes deutlich unterschätzt hatte, sollte sich zwei Jahre nach der Wahl zeigen, als die Diktatur von der größten Korruptionsaffäre ihrer Geschichte erschüttert wurde.

#### IV. DIE FRANCO-DIKTATUR AUF DER ANKLAGEBANK: DER MATESA-SKANDAL 1969

Inmitten der Sommerpause des Jahres 1969 erstattete die spanische Generaldirektion für Zollwesen Anzeige gegen den Unternehmer Juan Vilá Reyes. Dem Chef der in Pamplona ansässigen Webstuhlfabrik MATESA <sup>153</sup> wurde vorgeworfen, sich seit 1964 von der Staatsbank für Industriekredite (»Banco de Crédito Industrial«) Exportdarlehen in Höhe von rund 10 Milliarden Peseten erschlichen zu haben. <sup>154</sup> Denn die Überprüfung der Ausfuhrtätigkeit seines Unternehmens hatte ergeben, dass die Webstühle an firmeneigene Filialen im Ausland exportiert worden waren, wo sie fortan in Lagerhallen ihr Dasein fristeten. Geschickt hatte Vilá Reyes damit die franquistische Exportförderungs politik ausgenutzt, mit der Unternehmer bereits in den Genuss von staatlichen Krediten kamen, sobald deren Industrieerzeugnisse die spanische Grenze passiert hatten. Nach der Aufdeckung seiner Machenschaften wurde er zuerst unter Hausarrest gestellt und wenig später ins Gefängnis gebracht. <sup>155</sup>

Die bald unter dem Namen »MATESA-Skandal« im In- und Ausland bekannte Korruptionsaffäre wies die klassische, dreigeteilte Choreografie politischer Skandale auf: »[E]in moralisches Vergehen, dessen Publikation und ein breiter öffentlicher Unmut hierüber.« <sup>156</sup> Nachdem Ende Juli 1969 die ersten Gerüchte in der spanischen Presse aufgetaucht waren, überschlugen sich seit Anfang August die Nachrichten mit immer detaillierteren Informationen über den Fall. Wie andere politische Medienskandale entwickelte auch der MATESA-

151 Declaraciones del señor Tarragona, in: ebd., 21.1.1968, und »Los procuradores en Cortes y su gestión«. Conferencia de don Eduardo Tarragona, in: ebd., 12.5.1968.

152 Don Eduardo Tarragona disertó sobre »Los procuradores fuera y dentro de las Cortes«, in: ebd., 7.3.1968.

153 »Maquinaria Textil del Norte de España, S.A.« (Nordspanische Textilmaschinen-AG).

154 Das entsprach ungefähr 570 Millionen DM.

155 Zur Geschichte des MATESA-Skandals vgl. *Fernando Jiménez Sánchez*, *Detrás del escándalo político. Opinión pública, dinero y poder en la España del siglo XX*, Barcelona 1995, S. 97–158. Eine zeitgenössische Chronik der Korruptionsaffäre mit zahlreichen Presseauschnitten bietet *Antonio Figueruelo*, *Matesa*, in: *Raúl Morodo/Enrique Tierno Galván/Jesús Prados Arrarte* u. a. (Hrsg.), *España perspectiva 1970*, Madrid 1970, S. 261–293.

156 *Frank Bösch*, *Öffentliche Geheimnisse. Die verzögerte Renaissance des Medienskandals zwischen Staatsgründung und Ära Brandt*, in: *Bernd Weisbrod* (Hrsg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 125–150, hier: S. 126.

Fall eine enorme Dynamik, da sich die Zeitungen mit sensationellen Schlagzeilen gegenseitig zu überbieten versuchten.<sup>157</sup> In jedem Fall war sich die Presse schon wenige Tage nach der Aufdeckung des Skandals einig, dass die Schuldigen für den Korruptionsfall auf oberster Regierungsebene zu suchen seien.<sup>158</sup> Besondere Berühmtheit erlangte dabei der Tabubruch der Tageszeitung »Diario SP«, die am 24. August 1969 in einer großen Titelschlagzeile den Rücktritt aller wirtschaftspolitisch relevanten Minister forderte.<sup>159</sup> Auch im Ausland wurde dieser Vorfall thematisiert, da eine öffentlich vorgebrachte Rücktrittsforderung im Franco-Regime bisher undenkbar gewesen war.<sup>160</sup> Andere Zeitungen wie »Arriba« titelten mit »MATESA, öffentlicher Skandal«, »Nationales Desaster« und »Das mit MATESA war bekannt«, während im »Diario de Mallorca« von einem »sensationelle[n] Betrug ›auf offizieller Ebene‹« zu lesen war.<sup>161</sup> In der Zeitschrift »Destino« wagte der bekannte Journalist Santiago Nadal sogar, unter Bezugnahme auf den Skandal, die Diktatur an sich infrage zu stellen, indem er festhielt: »Diverse Zeitungen haben von der Notwendigkeit gesprochen, die gesamte Wirtschaftspolitik des Landes zu überdenken. Ich weiß nicht, ob dies der passende Ausdruck ist. Denn vielleicht ist es am dringlichsten, die gesamte Politik zu überdenken: die Politik ›tout court‹.«<sup>162</sup>

Vor diesem Hintergrund sah sich die Regierung außerstande, die Lesart des Vorfalles als politischen Skandal zu verhindern. Denn neben der Presse traten auch verschiedene Prokuratoren in Aktion: Bereits am 26. August 1969 forderte Ezequiel Puig Maestro-Amado, Repräsentant der berufsständischen Vereinigungen, in einem Brief an den Cortes-Präsidenten Antonio Iturmendi Bañales, dass das Ständeparlament die Aufklärung des Skandals übernehmen solle.<sup>163</sup> Einen Tag später schloss sich Eduardo Tarragona dieser Forderung an.<sup>164</sup> Puig Maestro-Amado begann daraufhin, unter seinen Amtskollegen Unterschriften für ein außerordentliches Cortes-Plenum zu sammeln. Damit machte er zum ersten Mal

157 Vgl. Frank Bösch, Historische Skandalforschung als Schnittstelle zwischen Medien-, Kommunikations- und Geschichtswissenschaft, in: Fabio Crivellari/Kay Kirchmann/Marcus Sandl u. a. (Hrsg.), Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive, Konstanz 2004, S. 445–464, hier: S. 460f. Laut dem Minister für Öffentliche Arbeiten Federico Silva Muñoz hatten allein in den madrilénischen Zeitungen zwischen dem 8. August und dem 7. September 1969 44 Leitartikel, 14 Karikaturen und 371 Artikel, davon 74 auf der Titelseite, den Skandal zum Thema. Vgl. Nota entregada por Federico Silva a Franco, el 11 de septiembre de 1969, acerca de la campaña de prensa sobre el »caso Matesa«, abgedr. in: Laureano López Rodó, Memorias, Bd. 2: Años decisivos (1966–1969), Barcelona 1991, S. 682–690, hier: S. 682.

158 Vgl. Jiménez Sánchez, Detrás del escándalo político, S. 118f., 123, 125 und 127.

159 Vgl. Los ministros económicos deben dimitir, in: Diario SP, 24.8.1969, S. 1. Sechs Tage später stellte »Diario SP« sein Erscheinen ein. Auch wenn als Grund finanzielle Schwierigkeiten angegeben wurden, ist es sehr plausibel anzunehmen, dass das Ministerium für Information und Tourismus auf eine Schließung hingewirkt hatte. Vgl. den Abschiedsartikel von Rodrigo Royo, Morituri, in: ebd., 29.8.1969.

160 Vgl. etwa »Resign« Call in Spain, in: The Times, 26.8.1969; Castles outside Spain, in: The Economist, 30.8.1969; Geld für Rost. MATESA-Konkurs, in: Der SPIEGEL, 1.9.1969.

161 Zit. nach: Nota entregada por Federico Silva a Franco, S. 682f. und 685.

162 Santiago Nadal, »L'affaire«, in: Destino, 6.9.1969, S. 9.

163 Vgl. El procurador don Ezequiel Puig Maestro-Amado pide que las Cortes intervengan en el »caso« Matesa, in: ABC Madrid, 28.8.1969. Diese Forderung wurde von der Presse sekundiert. Vgl. etwa Manuel Pombo Angulo, La llegada, in: La Vanguardia Española, 12.9.1969.

164 Vgl. Fernando Jiménez Sánchez, El caso MATESA: un escándalo político en un régimen autoritario, in: Historia y Política, 2000, Nr. 4, S. 43–68, hier: S. 52, und Estadella, El señor Tarragona, S. 97.

von einem Artikel der Geschäftsordnung Gebrauch, nach dem mit den Unterschriften von einem Fünftel der Abgeordneten eine Sondersitzung beantragt werden konnte.<sup>165</sup>

Familienrepräsentanten wie Manuel Pizarro Indart (Provinz Teruel) reichten hingegen Petitionen ein, in denen sie sich für eine Untersuchungskommission mit »Prokuratoren, die nichts mit der Ministerialbürokratie zu tun haben«, aussprachen.<sup>166</sup> Luis Peralta España (Provinz Málaga) bezeichnete es in Telegrammen an den Finanz- und an den Handelsminister als notwendig, »einen Familienprokurator in die erwähnte Kommission aufzunehmen, da diese Gruppe direkt vom spanischen Volk gewählt wurde und daher eine besondere Bedeutung hat.«<sup>167</sup> Am 8. September 1969 schließlich schrieb Juan Manuel Fanjul einen offenen Brief an Puig Maestro-Amado, in dem er ebenfalls für eine Untersuchungskommission plädierte und die Gelegenheit nutzte, erneut eine Reform der Cortes-Geschäftsordnung einzufordern.<sup>168</sup>

Offenbar war der Druck, der über das Ständeparlament und die Presse auf die Regierungselite ausgeübt wurde, so stark, dass sich der Ministerrat den zitierten Forderungen wenig später beugte und die Einberufung einer Untersuchungskommission im Ständeparlament bekannt gab. Sie bestand aus insgesamt 30 Abgeordneten, darunter sieben *procuradores familiares*.<sup>169</sup> Auf Grundlage des bis heute geheimen Gutachtens, das diese Kommission im Sommer 1970 vorlegte, wurde nicht nur die Führungsriege der Staatsbank für Industriekredite vom Obersten Gerichtshof zu hohen Geldstrafen verurteilt, sondern auch die zum Zeitpunkt des Skandals amtierenden Finanz- und Handelsminister sowie der Präsident der Spanischen Staatsbank.<sup>170</sup>

Mit der MATESA-Affäre war erstmals öffentlich thematisiert worden, was jahrelang ein offenes Geheimnis gewesen war, nämlich die enge Verflechtung einer Handvoll Großunternehmer mit dem franquistischen Regime. Dadurch war der Diktatur nicht nur ein wirt-

165 Vgl. Art. 61, Abs. 1, in: Reforma de determinados artículos del Reglamento de las Cortes Españolas, in: BOE, 24.7.1967, S. 10456–10459, hier: S. 10459. Auf die Einmaligkeit dieses Vorgangs wurde etwa verwiesen in MATESA, problema nacional. El señor Puig Maestro-Amado reunió firmas suficientes para solicitar un pleno extraordinario de las Cortes, in: La Vanguardia Española, 13.9.1969. Am 27. September 1969 gab Puig Maestro-Amado bekannt, dass 137 Cortes-Abgeordnete seine Petition unterzeichnet hätten. Vgl. El procurador señor Puig Maestro-Amado ha formalizado su petición de un pleno de las Cortes, in: ebd., 28.9.1969.

166 Desarrollo del asunto »Matesa«. Petición del señor Pizarro Indart, in: ebd., 5.9.1969.

167 Telegrama del procurador Peralta España a dos ministros, in: ebd., 6.9.1969.

168 Vgl. Las Cortes Españolas y »Matesa«. Carta abierta del procurador Fanjul a su colega Puig Maestro-Amado en torno a la convocatoria de un pleno extraordinario y la necesidad de una reforma del Reglamento de la Cámara para hacerlo eficaz, in: ebd., 11.9.1969.

169 Vgl. La Comisión Permanente de las Cortes se ocupó ayer del caso MATESA. Se designarán treinta procuradores para el estudio de tan complejo problema, in: ebd., 17.10.1969. Bei den Familienrepräsentanten handelte es sich um Alfonso Abella García de Eulate (Provinz Ávila), Manuel Atencia García (Provinz Málaga), Fernando Bau Carpi (Provinz Tarragona), María Belén Landáburu González (Provinz Burgos), José Antonio Perelló Morales (Provinz Valencia), Fernando Suárez González (Provinz León) und Joaquín Viola Sauret (Provinz Lérida). Vgl. Prieto, España política 1969, S. 241f.

170 Vgl. Jiménez Sánchez, Detrás del escándalo político, S. 131f. und 136–140. Der Prozess wurde von einer neuerlichen Pressekampagne begleitet. Vgl. ebd., S. 140–144. Anlässlich des 35-jährigen Jubiläums seiner Erhebung zum Staatschef am 1. Oktober 1971 begnadigte Franco sämtliche Verurteilte mit der Begründung, dass er zahlreichen ETA-Terroristen ebenfalls ihre Strafe erlassen habe. Vgl. Laureano López Rodó, Memorias, Bd. 3: El principio del fin, Barcelona 1992, S. 204. Vilá Reyes verbrachte insgesamt fünf Jahre im Gefängnis. Nach 1972 kam er auf Bewährung frei und wurde von König Juan Carlos I. schließlich endgültig begnadigt. Vgl. ders., Memorias, Bd. 2, S. 561.



schaftlicher Imageschaden entstanden.<sup>171</sup> Darüber hinaus wurde der Skandal sowohl in der Medien- als auch in der Versammlungsöffentlichkeit zum Anlass genommen, um deutlich weiter reichende politische Fragen wie die mangelnde Kontrollfunktion der Cortes zu verhandeln und sogar die Legitimität des Regimes an sich infrage zu stellen. Durch die Verschränkung dieser beiden Öffentlichkeiten hatte der Druck auf die Herrschaftselite solche Dimensionen angenommen, dass es zu einem bisher unvorstellbaren Vorgang gekommen war: Mit der Untersuchungskommission der Cortes war das Machtmonopol der Diktatur vor den Augen der Öffentlichkeit aufgebrochen worden – und zum ersten Mal hatten sich Angehörige der bis dahin unangreifbaren franquistischen Machtelite vor einem Gericht verantworten müssen. Schließlich beobachteten die Machthaber mit Sorge, dass die MATESA-Affäre auch von der breiten Bevölkerung als politischer Skandal wahrgenommen wurde und zum zentralen Gesprächsthema geworden war. So echauffierte sich Luis Carrero Blanco, die »rechte Hand« des Diktators, gegenüber Franco über die »skandalöse Politisierung« des Vorfalles und fügte warnend hinzu, dass dieser »als Beleg für den Verfall des Regimes« wahrgenommen würde.<sup>172</sup>

#### V. ENTTÄUSCHUNG, STILLSTAND, RÜCKSCHRITT: DIE GRENZEN DER (VERSPROCHENEN) DEMOKRATISIERUNG

Dennoch darf dieser Erfolg nicht darüber hinwegtäuschen, dass der erhofften »Öffnung« des Franco-Regimes enge Grenzen gesetzt waren. Zunächst hatten ausländische Beobachter selbstverständlich recht, wenn sie wie Werner Schulz anlässlich der Familienwahlen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung betonten, dass von einer »echte[n] Demokratie« keine Rede sein könne.<sup>173</sup> Denn das Regime hatte neben der Aufstellung von »offiziellen« Kandidaten zahlreiche Vorkehrungen getroffen, um die Wahlen so effektiv wie möglich kontrollieren zu können.<sup>174</sup> Darüber hinaus berichtete die Presse wie schon nach dem Referendum vom Dezember 1966 über Beschwerden und Anzeigen von Bürgern aufgrund von Wahlfälschungen.<sup>175</sup>

Bei zahlreichen Journalisten hatte sich allerdings schon kurz nach dem Inkrafttreten des Staatsorganengesetzes Anfang Januar 1967 die Einsicht durchgesetzt, dass sich die hochgesteckten Erwartungen auf eine rasche Demokratisierung der Diktatur nicht erfüllen wür-

171 So die Einschätzung von Francos engstem Vertrauten *Luis Carrero Blanco*, *Consideraciones sobre la conveniencia de proceder a un reajuste ministerial* (15.10.1969), S. 8, AGUN/LLR, 005/421/5 (7/7).

172 Ebd., S. 8f. Eine ähnliche Analyse findet sich auch in den Stimmungsberichten aus dem franquistischen Planungskommissariat. Vgl. *José María Lozano Iruete*, *Informe de opinión pública correspondiente al mes de octubre de 1969*, 10.11.1969, S. 9, AGUN/LLR, 005/203/14 (6/6).

173 *Werner Schulz*, *Wahlen als Symbol. Keine Parteien und noch keine echte Demokratie in Spanien*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.10.1967.

174 Dies galt sowohl für den Wählerkreis, der auf Familienvorstände und verheiratete Frauen beschränkt wurde, womit über fünf Millionen volljährige Personen von der Wahl ausgeschlossen blieben, als auch für die komplizierten Hürden, die es im Vorfeld einer Kandidatur zu überwinden galt. Vgl. *Cobo Pulido*, *La representación familiar en la España de Franco*, S. 253–282 und 319f., und *Beck*, *Das spanische Regierungssystem unter Franco*, S. 186 und 340f.

175 Vgl. etwa *Papeletas anuladas, a petición de un elector*, in: *La Vanguardia Española*, 15.12.1966; *Una impugnación al referéndum*, in: ebd., 17.12.1966; *Valencia: Insólita impugnación de un acta de escrutinio del referéndum*, in: ebd.; *Después de las elecciones. Impugnación en Logroño*, in: ebd., 13.10.1967; *Palma: Al parecer se introdujeron papeletas antes de empezar la votación*, in: ebd., 14.10.1967.

den. Bereits drei Monate nach dem Referendum war im »El Correo Catalán« und im »El Pensamiento Navarro« von einem »Klima der Enttäuschung« die Rede.<sup>176</sup> Auch der Professor für Politisches Recht Manuel Jiménez de Parga verliet in der katalanischen Zeitschrift »Destino« seiner »Enttäuschung« darüber Ausdruck, dass die franquistische Herrschaftselite nicht gewillt sei, der intensiven Propaganda um eine »Öffnung« des Regimes auch Taten folgen zu lassen.<sup>177</sup> In derselben Zeitschriftennummer versah der bereits zitierte Journalist Santiago Nadal den seit Monaten kursierenden Begriff »Demokratisierungsprozess« schon in seiner Artikelüberschrift mit Anführungsstrichen.<sup>178</sup>

Denn im Grundgesetz des »Movimiento« und seines Nationalrats (»Ley Orgánica del Movimiento y de su Consejo Nacional«), das im Juni 1967 in Kraft trat, war zwar erneut von der Anerkennung der »Pluralität der Meinungen« die Rede. Eine gesetzliche Regelung für den »zulässigen Gegensatz von Ansichten« wurde jedoch lediglich in Aussicht gestellt.<sup>179</sup> In der Presse wurde es daher als »konservativ«, »fortschrittsfeindlich« und »monopolistisch« gebrandmarkt.<sup>180</sup> Ferner stieß die Tatsache auf Kritik, dass auch im Wahlgesetz für die Familienrepräsentanten, das seit Januar 1967 diskutiert wurde, die bürokratischen Hürden so hoch angesetzt wurden, dass die Kandidatur unabhängiger Bewerber nahezu aussichtslos erschien.<sup>181</sup> Zudem wurde offen daran gezweifelt, dass die Erweiterung der Cortes um die *procuradores familiares* zu einer größeren Repräsentativität führen würde. So behauptete Jesús Picatoste in der Zeitschrift »Mundo«, dass

»der Durchschnittsbürger weder von der repräsentativen Großzügigkeit der gegenwärtigen noch der zukünftigen Cortes überzeugt ist, mag man auch noch so oft das übermäßig strapazierte Argument der angekündigten Demokratisierung bemühen. Denn so viel der Durchschnittsbürger auch darüber nachdenkt, so wenig kann er verstehen, warum in den Cortes eine so übermächtige Anzahl an Politikern sitzt, die der Rechten zuneigen, dass [die Cortes] Gefahr laufen, nach rechts überzukippen.«<sup>182</sup>

Schnell war in der Presse daher von einem »Rückschritt« in Bezug auf die erhoffte »Öffnung« die Rede. So sprach ein Journalist Anfang Juni 1967 im »ABC Madrid« vom allgemeinen Eindruck, »dass ein Schritt zurück gemacht wird, dass die politische Entwicklung – Abschluss der wirtschaftlichen Entwicklung – gebremst wird, die im Referendum vom 14. Dezember 1966 ihren bisher größten und passendsten Ausdruck gefunden hat«.<sup>183</sup>

Dieser Diagnose schlossen sich auch die »unabhängigen« Familienrepräsentanten an. So beklagte sich Jesús Esperabé Arteaga angesichts der erfolglosen Bemühungen um eine Reform der Cortes-Geschäftsordnung im Januar 1968 über den offenkundigen Stillstand der »politischen Entwicklung«. Indem er den Regimediskurs imitierte, formulierte er in diesem Zusammenhang sogar eine Warnung:

176 Vgl. die Pressezitate in Un proyecto que ha causado extrañeza. ¿La Ley del Movimiento contra la Ley Constitucional?, in: Madrid, 1.4.1967.

177 Manuel Jiménez de Parga, Desilusión, o tres proyectos de ley, in: Destino, 1.4.1967, S. 11.

178 Santiago Nadal, »Proceso de democratización«. Los procuradores padres de familia y mujeres casadas, in: ebd.

179 Art. 2 und Art. 11, Ley 43/1967, de 28 de junio, Orgánica del Movimiento y de su Consejo Nacional, in: BOE, 1.7.1967, S. 9188–9191, hier: S. 9188f.

180 Vgl. die Zusammenstellung verschiedener Pressestimmen in El por qué de una preocupación, in: La Voz de Asturias, zit. nach: Madrid, 1.4.1967.

181 Zur Kritik in den Tageszeitungen »ABC Madrid«, »Madrid«, »Ya« und »El Alcázar« vgl. Cobo Pulido, La representación familiar en la España de Franco, S. 229–231, 235–237 und 239f.

182 Jesús Picatoste, El ciudadano medio no termina de convencerse de la representatividad de las Cortes, in: Mundo, zit. nach: Madrid, 7.10.1967. Eine ähnliche Kritik findet sich bei Santiago Nadal, Las elecciones del día 10, in: Destino, 7.10.1967, S. 13.

183 ¿Para qué sirven las leyes?, in: ABC Madrid, 1.6.1967. Vgl. auch den Leitartikel ¿Hacia atrás?, in: Cuadernos para el diálogo, April 1967, S. 1–3.

»Ich persönlich finde, dass die drei Entwicklungen – die wirtschaftliche, die politische und die soziale – so wie Bahnschienen parallel verlaufen sollten. Denn wenn sich die sozioökonomischen Bedingungen unseres Volkes verbessern und die politischen Verbesserungen hinterherhinken, kann es passieren, dass der Zug entgleist.«<sup>184</sup>

Ein weiteres Ereignis sollte den Unmut der *procuradores independientes* deutlich verstärken: Am 29. September 1968 wurde die in Ceuta geplante Zusammenkunft der »wandernden Cortes« wenige Stunden vor ihrem Beginn verboten und das Tagungsgebäude von Polizeikräften umstellt. Die anwesenden Familienrepräsentanten reagierten auf das Verbot mit einer öffentlichen Stellungnahme in der Tagespresse und Telegrammen an den Cortes-Präsidenten.<sup>185</sup> Eduardo Tarragona beschwerte sich über diesen Vorfall sofort in einem offenen Brief. Nachdem er erneut aus der Cortes-Rede des Diktators zitiert hatte, prangerte er das Verbot nicht nur als »unverständlich« an, sondern sogar als »unerträgliche Ausgrenzung, [...] weil wir direkt vom Volk gewählt worden sind. Und als eine Beschneidung unserer Möglichkeiten, was zur Folge hat, dass wir die Funktion nicht erfüllen können, die uns der Staatschef aufgetragen hat.«<sup>186</sup> Zwei Wochen später warnte er im »Noticiero Universal« kurioserweise sogar von einem Abgleiten in eine »Diktatur«, wenn die Cortes auf diese Weise von der Regierung ausgeschaltet würden.<sup>187</sup>

In der Presse war die Entrüstung ebenfalls groß. Die Tageszeitung »Madrid« empfand das Versammlungsverbot schon deswegen als unzulässig, weil »diese Männer die einzigen sind, die direkt durch viele tausend Stimmen unterstützt werden«.<sup>188</sup> Sowohl im »Tele-Exprés« als auch in »Informaciones« wurde darauf hingewiesen, dass andere Cortes-Fraktionen wie die Vertreter der »Organización Sindical« ohne Probleme regelmäßige Versammlungen abhalten dürften.<sup>189</sup> In der Regionalzeitung »La Verdad« (Murcia) machte ein Journalist in einem Leitartikel darauf aufmerksam, dass den Familienrepräsentanten das »natürliche Recht eines einfachen Bürgers, nämlich sich mit seinen Kameraden zu treffen«, verwehrt worden sei.<sup>190</sup> Der »Correo de Andalucía« zitierte schließlich sogar Artikel 16 des »Fuero de los Españoles«, dem zufolge es erlaubt war, »sich für zulässige Ziele und im Einklang mit den geltenden Gesetzen in Freiheit zu treffen und zusammenzuschließen«.<sup>191</sup>

Nachdem der Cortes-Präsident am 10. Oktober 1968 die *procuradores independientes* empfangen hatte, um sich in einer Erklärung auf die Seite des Innenministeriums zu stellen, war in der Presse erneut von »Enttäuschung« die Rede.<sup>192</sup> Die Familienrepräsentanten selbst bezeichneten die Rechtfertigung in einem Kommuniqué als »ungenügend und unbefriedigend«.<sup>193</sup> Serafín Becerra Lago, Familienprokurator der Provinz Ceuta, reichte

184 *Jesús Esperabé de Arteaga*, Cuestión candente. El desarrollo político, in: Madrid, 20.1.1968.

185 Vgl. *Díaz-Nosty*, Las Cortes de Franco, S. 90–93.

186 El procurador Tarragona considera incomprensibles los motivos, in: Madrid, 2.10.1968; Don Eduardo Tarragona habla sobre la reunión de procuradores que iba a celebrarse en Ceuta, in: ABC Sevilla, 2.10.1968.

187 Eduardo Tarragona, in: El Noticiero Universal, zit. nach: Madrid, 18.10.1968.

188 El jueves, en las Cortes. El presidente explicará las razones de la reunión suspendida, in: Madrid, 7.10.1968.

189 Vgl. *Pedro O. Costa*, Una explicación que se hace necesaria, in: Tele-Exprés, zit. nach: ebd., 7.10.1968; Procuradores familiares, in: Informaciones, zit. nach: La Vanguardia Española, 16.11.1968.

190 Debe ser informado el pueblo, in: La Verdad, zit. nach: Madrid, 9.10.1968.

191 No se le puede negar el derecho a reunirse libremente, in: Correo de Andalucía, zit. nach: ebd., 19.10.1968.

192 *F. Y.*, Decepción de los familiares. La explicación no convenció, in: ebd., 11.10.1968.

193 Los procuradores de representación familiar trataron sobre la suspensión de la reunión de Ceuta, in: La Vanguardia Española, 11.10.1968.

daraufhin eine Interpellation beim Innenministerium ein, in der er nochmals um eine Erklärung ansuchte und sich über das Vorgehen der Polizei- und Sicherheitskräfte beschwerte.<sup>194</sup> Die Proteste sollten jedoch wirkungslos bleiben: In seiner Antwort vom 23. November 1968 bekräftigte Innenminister Camilo Alonso Vega das Verbot erneut und stellte damit klar, dass derartige Versammlungen auch in Zukunft untersagt sein würden.<sup>195</sup> Becerra Lago veröffentlichte noch am selben Tag einen offenen Brief, der mit den vielsagenden Worten endete:

»[Den Familienrepräsentanten] das Vertrauen zu entziehen [...] ist gleichbedeutend damit, es denjenigen zu entziehen, die sie gewählt haben. Und man sollte sich nicht täuschen, denn nicht das Volk braucht das Vertrauen der Regierung für seinen Fortbestand, sondern genau andersherum. Ich persönlich empfinde das Verbot, sich außerhalb vom Cortespalast zu versammeln, [...] als Verletzung christlicher Grundrechte und daher als Verletzung der Prinzipien, die unserem Movimiento zugrunde liegen.«<sup>196</sup>

Einer der berühmtesten Familienrepräsentanten, nämlich Eduardo Tarragona, verlieh dieser allgemeinen Enttäuschung ein knappes Jahr darauf ganz besonders publikumswirksam Ausdruck: Am 10. Oktober 1969 vollzog er einen Akt, der in der politischen Kultur des Franco-Regimes nicht vorgesehen war – denn er reichte mit Verweis auf die »geringe Wirksamkeit meiner Tätigkeit als Procurator in den vergangenen zwei Jahren« seinen Rücktritt ein.<sup>197</sup> Noch am selben Tag rechtfertigte er sich in einem Vortrag in Madrid für diesen Schritt, indem er die Schuldigen für das Scheitern seiner parlamentarischen Arbeit benannte.<sup>198</sup> Zu Beginn zitierte er wie gewohnt den Diktator und rief seinen Zuhörern einige Passagen aus dessen Endjahresrede des Jahres 1966 in Erinnerung. Hier hatte Franco verkündet, dass das Staatsorgangesetz eine »umfassende politische Dynamik« in Gang setzen und eine »neue Epoche« einläuten werde, in der jegliche »Fortschrittsfeindlichkeit« (*inmovilismo*) überwunden werden müsse. Dafür, so der Diktator, brauche es »Männer mit politischer Berufung, mit dem Willen, dem Vaterland zu dienen, und die Partizipation aller, um die neuen, nun geöffneten Kanäle mit Leben und Wahrhaftigkeit zu füllen«.<sup>199</sup> Als Beleg dafür, wie ernst es Franco mit dieser Ankündigung gemeint habe, führte Tarragona an, dass dieser »die außergewöhnlichen Befugnisse, die ihm übertragen worden sind, nach und nach abgetreten hat. Er hat zur Öffnung, zur Demokratisierung der Institutionen ermuntert«.<sup>200</sup> Nachdem er den Diktator zur Speerspitze der Demokratisierungsbewegung stilisiert hatte, ließ Tarragona seine Zuhörer wissen, dass auch die Bevölkerung voll hinter einer »Öffnung« des Regimes stünde. Denn die unzähligen Briefe und Besuche, die er von seinen Wählern empfangen habe, seien ein klarer Beweis dafür, dass von politischer Apathie keine Rede sein könne. Vielmehr »[weiß] der Mann auf der Straße sehr genau, was er will«.<sup>201</sup>

Die Schuld daran, dass seine Arbeit in den Cortes dennoch erfolglos geblieben sei, trugen dem Ex-Procurator zufolge die staatliche Administration und die franquistische Ministerelite, die er als »Großmeister des Ordens für Fortschrittsfeindlichkeit« brandmark-

194 Vgl. den Abdruck der Interpellation in *Díaz-Nosty*, Las Cortes de Franco, S. 93f.

195 Vgl. Los motivos por los que se impidió la reunión de procuradores familiares en Ceuta, in: La Vanguardia Española, 24.11.1968.

196 »No es el pueblo el que precisa la confianza del Gobierno para subsistir, sino todo lo contrario«. Nota de don Serafín Becerra Lago, in: ebd., 24.11.1968.

197 Dimite el procurador Eduardo Tarragona, in: Madrid, 10.10.1969.

198 Vgl. den vollständigen Abdruck der Rede in *Estadella*, El señor Tarragona, S. 101–115.

199 Ebd., S. 102. Tarragona datierte die Rede irrtümlich auf das Jahr 1967. Die Endjahresrede findet sich abgedr. in: Mensaje de Franco a los españoles, in: La Vanguardia Española, 25.12.1966.

200 *Estadella*, El señor Tarragona, S. 104.

201 Ebd., S. 112. Vgl. auch ebd., S. 107f.

te.<sup>202</sup> Bereits seine Kandidatur sei mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen. Denn die »Lokalverwaltung meiner Provinz [hat] unter Missachtung der wahren Wünsche des Volkes und der Gesetzesvorschriften alles getan, um meine Wahlkampagne zu behindern und sich auf diese Weise den Befehlen des Staatsherrn widersetzt.«<sup>203</sup> Von seinen zahlreichen Anfragen und Anträgen, die er als Prokurator eingereicht habe, seien im Grunde alle gescheitert. Denn wenn die zuständigen Institutionen überhaupt geantwortet hätten, habe er immer die ausweichende Antwort erhalten, dass das Problem in Bälde einer näheren Untersuchung unterzogen würde.<sup>204</sup> Erneut nahm Tarragona Franco aus der Verantwortung, wenn er betonte:

»Der Staatsherr hat in seiner Rede zur Eröffnung der Cortes gesagt, dass er wirksame, flinke und arbeitsame Cortes wolle, die sich ihrer Rechte und ihrer Pflichten bewusst sind. Mir scheint, dass ich diese Anforderungen des Staatsherrn nicht erfülle. Ich bin sehr zufrieden mit dem Staatsherrn, er hat mich immer empfangen. Viel öfter, als ich es eigentlich verdient hätte. Aber in Bezug auf die Cortes ist mein Missfallen vollkommen.«<sup>205</sup>

Am Ende seiner Rede setzte er seinen Kampf als Soldat der franquistischen Armee während des Bürgerkriegs explizit mit seiner Tätigkeit als Prokurator gleich, womit er sich noch einmal als Anhänger des Regimes zu erkennen gab:

»Zwei Jahre habe ich im Schützengraben für ein besseres Spanien gekämpft. Zwei Jahre habe ich unter der Fahne der Politik für dieselbe Sache gekämpft. Um ein besseres Spanien zu schaffen. Aber nicht für eine kleine Zahl von Spaniern, sondern für alle, egal, zu welcher Klasse sie gehören, weil die Ereignisse und der Lauf der Zeit mich haben verstehen lassen, dass weder Frieden noch Glück möglich sind, wenn die Spanier nicht in Einheit leben.«<sup>206</sup>

Tarragona war nicht der Einzige, der sein Loblied auf Franco mit einer harschen Kritik an der Staatsverwaltung und der franquistischen Herrschaftselite kombinierte, die er für den Stillstand der Demokratisierungsbemühungen verantwortlich machte. Auch in der Presse fand sich dieses Nebeneinander schon deswegen, weil bereits implizite Kritik am Diktator zu sofortigen Sanktionsmaßnahmen führte.<sup>207</sup> Vor diesem Hintergrund wurde auch in den Zeitungen und Magazinen immer deutlicher zwischen Regime und Diktator unterschieden: Während Franco als fischender Sportsmann mit eiserner Gesundheit, liebenswürdiger Großvater im Kreise seiner Familie und als »Vater des Wirtschaftswunders« gepriesen wurde, bezichtigte man die Regimeelite der »Fortschrittsfeindlichkeit« und machte ausschließlich sie für die Verschleppung der ersehnten demokratischen Reformen verantwortlich.

Dies zeigte sich insbesondere beim letzten Vorstoß, den das »Movimiento« für eine Verwirklichung der jahrelang verkündeten »politischen Entwicklung« unternahm. Denn im

202 Ebd., S. 109.

203 Ebd., S. 106f.

204 Vgl. ebd., S. 111f.

205 Ebd., S. 113.

206 Ebd., S. 115.

207 Dies hatte ein Vorfall besonders deutlich gemacht: Am 30. Mai 1968 veröffentlichte Rafael Calvo Serer, Chefredakteur der Tageszeitung »Madrid«, einen Artikel mit dem Titel »Rechtzeitiger Rückzug. Nein zu General de Gaulle«. Hier kritisierte er den autoritären Regierungsstil des französischen Präsidenten und wies darauf hin, dass sich der General trotz seines hohen Alters weiterhin an der Macht festklammere. *Rafael Calvo Serer, Retirarse a tiempo: No al General de Gaulle*, in: Madrid, 30.5.1968. Die Parallelen zu Franco waren so offensichtlich, dass die Ausgabe sofort beschlagnahmt wurde. Darüber hinaus wurde die Zeitung mit einer Geldstrafe von 250.000 Peseten und einem viermonatigen Erscheinungsverbot belegt. Vgl. *Onésimo Díaz/Fernando de Meer, Rafael Calvo Serer. La búsqueda de la libertad (1954–1988)*, Madrid 2010, S. 185–193. 250.000 Peseten entsprachen etwa 14.300 DM.

Organischen Statut des Nationalrats der Bewegung (»Estatuto Orgánico del Consejo Nacional del Movimiento«) vom Dezember 1968 wurden erstmals sogenannte politische Vereinigungen (*asociaciones políticas*) in Aussicht gestellt.<sup>208</sup> Diese Zusammenschlüsse sollten prinzipiell zugelassen werden, sofern sie sich zu den »Prinzipien des Movimiento« bekannten. Ziel war es, die »organische Repräsentation« weiter auszubauen, ohne jedoch in das Parteienwesen zurückzufallen. Da sich Franco und Carrero Blanco hinter den Kulissen strikt gegen solche Vereinigungen ausgesprochen hatten, zogen sich die Debatten um die Ausführungsbestimmungen für die *asociaciones políticas* jahrelang ergebnislos hin.<sup>209</sup> Vor diesem Hintergrund ist auch die Tatsache zu erklären, dass sich Torcuato Fernández Miranda, der seit 1969 das Amt des Generalsekretärs des »Movimiento« bekleidete, in immer abstruseren Äußerungen verrannte, um in der Öffentlichkeit die Illusion aufrechtzuerhalten, dass ihm und den Funktionären der Bewegung weiterhin an einer politischen Öffnung gelegen sei.<sup>210</sup> Erst im Januar 1975 trat ein Dekret in Kraft, das erneut offenbarte, dass von einer tatsächlichen Demokratisierung keine Rede sein konnte. Denn obwohl in der Präambel zu lesen war, dass »das politische Schicksal Spaniens von den Spaniern über eine authentisch demokratische und progressive Tätigkeit gestaltet werden muss«, schrieb das Dekret vor, dass sich die politischen Vereinigungen zu den »Prinzipien der Nationalen Bewegung« bekennen mussten und lediglich zu konkreten Regierungsmaßnahmen Stellung beziehen durften.<sup>211</sup> Darüber hinaus waren die Hürden für die Gründung von *asociaciones políticas* nahezu unüberwindbar.<sup>212</sup>

In der Presse wurde hartnäckig auf eine Legalisierung solcher politischer Vereinigungen gedrungen, um die versprochene Demokratisierung voranzutreiben.<sup>213</sup> Zugleich mehrten sich schon ab Ende der 1960er-Jahre die Stimmen, die angesichts der ergebnislosen Debatten um den *asociacionismo* im »Consejo Nacional del Movimiento« Enttäuschung oder Resignation äußerten. Dabei mokierten sich die Journalisten über die sprachlichen Verrenkungen der »Movimiento«-Funktionäre und verliehen damit ihrer Vermutung Ausdruck, dass es sich um inhaltsleere Floskeln handele.<sup>214</sup>

208 Vgl. Art. 11 und Art. 15, Decreto 3170/1968, de 20 de diciembre, por el que se aprueba el Estatuto Orgánico del Consejo Nacional del Movimiento, in: BOE, 4.1.1969, S. 173–177, hier: S. 174.

209 Vgl. *Tusell*, Carrero, S. 370–375 und 393–397, und *Molinero/Ysàs*, La anatomía del franquismo, S. 133f.

210 Vgl. Declaraciones del señor Fernández Miranda al director de ABC, in: ABC Madrid, 11.1.1970; Un socialismo nacional (hasta sus últimas consecuencias). Las asociaciones no serán un disfraz de los partidos, in: Pueblo, 5.3.1971; Declaraciones de don Torcuato Fernández Miranda al diario »Pueblo«, in: La Vanguardia Española, 29.1.1972; Impresión del día. La intervención del señor Fernández Miranda en las Cortes, in: ebd., 8.11.1972.

211 Decreto-Ley 7/1974, de 21 de diciembre, por el que se aprueba el Estatuto Jurídico del Derecho de Asociación Política, in: BOE, 23.12.1974, S. 26045–26049, hier: S. 26045.

212 So mussten für einen Antrag, über dessen Annahme der Nationalrat des »Movimiento« entschied, nicht weniger als 25.000 potenzielle Mitglieder aus mindestens 15 verschiedenen Provinzen nachgewiesen werden. Vgl. *Molinero/Ysàs*, La anatomía del franquismo, S. 212–215, und *Miguel A. del Río Morillas*, El nacimiento de Alianza Popular como confluencia de proyectos de supervivencia franquista, in: Segle XX. Revista catalana d'història 9, 2016, S. 107–134, hier: S. 112–115.

213 Vgl. etwa *Eduardo Álvarez Puga*, ¿Será viable el asociacionismo político?, in: Mundo, 17.5.1969, S. 16; Debate público. El asociacionismo político, in: ebd., 24.5.1969, S. 62–63; Leyes para el futuro, in: La Vanguardia Española, 8.3.1970; *Enrique Santín*, Señales de alerta, in: Ya, 17.5.1970; El desarrollo político, in: La Vanguardia Española, 12.3.1971.

214 Vgl. beispielsweise *Asociacionismo del Movimiento. El match nulo del aperturismo*, in: Mundo, 5.7.1969, S. 10–14; die Presseschauen mit Artikeln aus der spanischen Tagespresse in ebd., 12.7.1969, S. 66, und 19.7.1969, S. 66; *Antonio Álvarez Solís*, Lo ideológico. Notas sobre el

Diese Sprachkritik hatte schon eine längere Tradition: Denn seit der Abschaffung der Vorzensur mit dem Pressegesetz von 1966 war die Regimesprache immer wieder ironisiert worden.<sup>215</sup> Vor dem Hintergrund der Debatten um den *asociacionismo político* sollte sich diese Tendenz jedoch deutlich verstärken. So hielt etwa der junge Soziologe Amando de Miguel im Januar 1970 in einem Leitartikel unter der Zwischenüberschrift »Wortspiele« fest:

»Es reicht jetzt mit diesen reizenden Euphemismen. Wir sind nur eine Demokratie, wenn wir ihr Adjektive voranstellen: sozial, organisch, repräsentativ. Niemand blickt da durch, aber alle scheinen sich zu verstehen. Streiks werden ›Arbeitsvorfälle‹ oder einfach ›Arbeitslosigkeit‹ genannt. Die ›gewerkschaftliche Einheit‹ ist hier einheitlicher als irgendwo sonst, da sie eine einzige ›Gewerkschaft‹ aus Arbeitern und Unternehmern meint. Die Parteien sind bei uns ›Vereinigungen‹.«

De Miguel beließ es jedoch nicht bei der Anklage, dass »alle diese Wörter verstümmelt worden sind«. Vielmehr versuchte er, die »wahre« Bedeutung der genannten Begriffe zu definieren:

»Lassen Sie uns doch realistisch sein. Demokratie und politische Evolution sind nicht bloß Wörter. Sie bedeuten, dass es notwendig ist, dass sich in der Anordnung der Gruppen und Institutionen (und sogar der Personen) sowie an der Wahrscheinlichkeit, mit der diese an die Macht gelangen, etwas ändern muss.«<sup>216</sup>

Andere Journalisten gingen in ihrer Kritik sogar noch einen Schritt weiter. So ließ José Baró Quesada seine Reflexionen über »Die politische Sprache« der franquistischen Herrschaftselite im »ABC Madrid« mit der Schlussfolgerung enden, dass diese »bei den Zuhörern zum ununterdrückbaren Wunsch [führt], sich in psychiatrische Behandlung zu begeben«.<sup>217</sup>

Die »unabhängigen« Familienrepräsentanten versuchten ebenfalls erfolglos, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Zulassung der *asociaciones políticas* zu beschleunigen.<sup>218</sup> Im November 1972 betonte Manuel Escudero Rueda (Provinz Guipúzcoa), dass es die wichtigste Aufgabe eines Ministers sei, Probleme zu lösen. Wenn also der *asociacionismo* vom Generalsekretär des »Movimiento« als Problem wahrgenommen werde,

»dann soll er es lösen oder die Regierung. Aber mir scheint, dass die Erfindung von politischen Vereinigungen, die keine politischen Parteien sein dürfen, so sehr mit Schwierigkeiten behaftet ist, dass ich angesichts der bereits verstrichenen Zeit, in der es zu keiner Lösung gekommen ist, befürchte, dass die Forschungskapazität der politischen Labore des Landes an ihre Grenzen stoßen wird.«<sup>219</sup>

---

tema, in: La Vanguardia Española, 16.1.1970; *Modesto Espinar*, De la confusión a la luz. El Estatuto de asociaciones, in: Madrid, 17.1.1970; *Salvador Pániker*, Los signos y las cosas. Consideración hispánica, in: La Vanguardia Española, 1.3.1970; *Manuel Pombó Angulo*, Asociaciones, in: ebd., 5.3.1970; *Desarrollo político*, in: ABC Madrid, 21.4.1972.

215 Vgl. beispielsweise *Máximo*, Discurso de los desarrollos, in: Revista SP, 17.12.1967; *Amando de Miguel*, Desarrollo económico y modernización política, in: Cuadernos para el diálogo, Mai 1968, S. 9–11, hier: S. 9; *Manuel Vázquez Montalbán*, Crónica sentimental de España, Teil 4: Los felices sesenta, in: Triunfo, 4.10.1969, S. 35–39, hier: S. 36 und 39.

216 *Amando de Miguel*, Convergencias para una época, in: Madrid, 17.1.1970.

217 *José Baró Quesada*, El lenguaje político, in: ABC Madrid, 11.5.1971.

218 Vgl. die Interpellationen der Familienrepräsentanten Rafael Merino García (Provinz Málaga) und Manuel Escudero Rueda (Provinz Guipúzcoa) vom Juli 1971, in denen sie die Regierung um eine Stellungnahme zur Legalisierung der politischen Vereinigungen baten. Escudero Ruedas Anfrage wurde als verfassungsfeindlich abgewiesen; diejenige von Merino García nie beantwortet. Vgl. Las interpellaciones sobre asociacionismo político, in: La Vanguardia Española, 4.7.1971, S. 7, und *Ángel Garrarena Morales*, Autoritarismo y control parlamentario en las Cortes de Franco. Apuntes para un análisis crítico, Murcia 1977, S. 93 und 261.

219 Stellungnahme von Manuel Escudero Rueda in »La Actualidad Española«, abgedr. als: Procuradores sin contestación, in: La Vanguardia Española, 18.11.1972.

Dass er mit seiner Vermutung durchaus richtig lag, zeigte schon die Tatsache, dass man in den »politischen Laboren« nicht einmal die grundlegenden Fragen geklärt hatte. Denn noch im März 1973 wurde eine Sitzung des »Consejo Nacional del Movimiento« einberufen, auf der diskutiert werden sollte, wie die seit Jahren propagierten Begriffe »Partizipation«, »Repräsentation«, »Gegensatz von Ansichten« und »Zusammenfluss von Meinungen« eigentlich zu definieren seien.<sup>220</sup>

Bei den zitierten Diskussionen um eine Demokratisierung des Regimes handelte es sich in erster Linie selbstverständlich um Elitenmeinungen. Über die Frage, inwiefern diese Forderungen oder die Enttäuschung über das Ausbleiben der angekündigten Reformen auch in der breiteren Bevölkerung vertreten waren, kann man vor dem Hintergrund des derzeitigen Forschungsstands lediglich spekulieren.<sup>221</sup> Zahlreiche Meinungsumfragen, die im Franco-Regime durchgeführt wurden, weisen eher auf ein allgemeines Desinteresse an der vom Regime propagierten »politischen Entwicklung« hin. So gaben in einer Erhebung, die das staatliche »Instituto de Opinión Pública« im Dezember 1966 unter 1.199 Männern und 1.345 Frauen durchgeführt hatte, beispielsweise nur 4% der befragten Männer und 2% der Frauen an, dass es ihnen wichtig sei, »dass es in Spanien eine Demokratie gibt«. Dagegen räumten 48% der Männer und sogar 67% der befragten Frauen der Tatsache höchste Priorität ein, »dass in Spanien Frieden herrscht«.<sup>222</sup> Auch die Umfragen aus der ersten Hälfte der 1970er-Jahre liefern Hinweise darauf, dass sich nur ein Bruchteil der Bevölkerung, nämlich die jüngeren, gebildeten, besser verdienenden und zumeist männlichen Großstädter, überhaupt für politische Fragen interessierte, während die Mehrheit der Gesellschaft als politisch uninformiert und desinteressiert erscheint.<sup>223</sup> Dennoch müssen solcherlei Erhebungen wegen ihrer geringen Repräsentativität, aber auch aufgrund der Tatsache, dass sie unter diktatorialen Bedingungen durchgeführt wurden, mit Vorsicht interpretiert werden. Die zitierte Leserumfrage in der »Revista SP« zur »Zukunft des Regimes« liefert zumindest Hinweise darauf, dass die »organische Demokratie« der Franquisten von

220 Vgl. Se reunieron la Sección Primera y la Comisión Permanente del Consejo Nacional del Movimiento, in: ebd., 29.3.1973. Vgl. auch Beck, Das spanische Regierungssystem unter Franco, S. 60.

221 Zur Akzeptanz des Regimes in der Bevölkerung ab den 1950er-Jahren liegen bislang kaum empirische Untersuchungen vor. Die Mehrheit der Studien zur spanischen Gesellschafts- und Alltagsgeschichte hebt bislang die Passivität und tief greifende Depolitisierung einer durch steigenden Wohlstand und Konsumismus »stillgelegten« Gesellschaft hervor. Vgl. etwa Cazorla Sánchez, Fear and Progress, sowie Cayo Sastre García, La transición política en España: Una sociedad desmovilizada, in: Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 1997, Nr. 80, S. 33–68. Andere Autoren deuten die wachsende soziale Mobilisierung in den letzten zehn Jahren der Diktatur hingegen als Beleg für die weite Verbreitung regimekritischer Positionen. Vgl. Pere Ysàs, ¿Una sociedad pasiva? Actitudes, activismo y conflictividad social en el franquismo tardío, in: Ayer, 2007, Nr. 68, S. 31–57.

222 Cuestiones de actualidad política, in: Revista española de opinión pública, 1967, Nr. 9, S. 185–227, hier: S. 186f. und 211.

223 Vgl. Francisco Sevillano Calero, Ecos de papel. La opinión de los españoles en la época de Franco, Madrid 2000, S. 200–208; Sastre García, La transición política en España, S. 43–45 und 64f.; Fundación FOESSA (Hrsg.), Estudios sociológicos sobre la situación social de España 1975, Madrid 1976, S. 1152–1219. Dass die Debatten um die »politische Entwicklung« in der breiten Bevölkerung kaum auf Resonanz stießen, zeigte etwa eine im August 1971 veröffentlichte Umfrage des Instituts ICSA-GALLUP, nach der 44% der Befragten die »wirtschaftliche Entwicklung« und 21% die »soziale Entwicklung« als wichtigste gegenwärtige Probleme bezeichneten, während nur 5% der »politischen Entwicklung« Priorität zuwiesen. Darüber hinaus gab hier etwas über die Hälfte der Befragten an, sich »gar nicht« für Politik zu interessieren. Vgl. Según encuesta de »ICSA-GALLUP«. Los españoles dan prioridad al desarrollo económico sobre el social y político, in: La Vanguardia Española, 20.8.1971.



einem Teil der Befragten tatsächlich als Scheindemokratie wahrgenommen wurde. Ferner zeigt die große Resonanz auf Tarragonas politische Aktivitäten in der Provinz Barcelona, dass die These von einer tief greifenden Entpolitisierung der Bevölkerung nicht uneingeschränkt aufrechterhalten werden kann.

Die franquistische Herrschaftselite war sich in jedem Fall schon Ende der 1960er-Jahre darüber im Klaren, wie sehr die ergebnislose Propaganda um eine »politische Entwicklung« zu einer immer stärkeren Delegitimierung des Regimes beitrug, von der nur einer angenommen war: der Diktator selbst. Im September 1968 wies Agustín Cotorruelo aus dem Kommissariat für Entwicklungsplanung in einem politischen Lagebericht zunächst darauf hin, dass der im Staatsorgangesetz erwähnte »Gegensatz von Ansichten« in der Bevölkerung als Willenserklärung interpretiert worden sei, eine »politische Betätigung auf repräsentativem Weg«<sup>224</sup> zuzulassen. Da jedoch bisher keine konkreten Maßnahmen ergriffen worden seien, so seine Gegenwartsdiagnose,

»befinden wir uns in einer Sackgasse in Bezug auf den Demokratisierungsprozess, der nach der Annahme des Staatsorgangesetzes so große Hoffnungen geweckt hat, die sich gegenwärtig in eine allgemeine Enttäuschung verwandelt haben mit all den schwerwiegenden Konsequenzen, die das in allen Bereichen im Leben der Nation [...] mit sich bringt.«<sup>225</sup>

Cotorruelo zufolge hatte man sich mit der Propagierung einer »politischen Entwicklung« in ein kaum lösbares Dilemma hineinmanövriert. Als Begründung verwies er auf die nicht intendierten Konsequenzen der bisherigen Reformversuche. Denn die Abschaffung der Vorzensur habe zum einen dazu geführt, »dass sich die Zeitungen um verschiedene politische Haltungen herum politisiert haben und auf diese Weise die Aufgabe übernommen haben, die eigentlich verantwortungsvolleren und komplexer gestalteten Organisationen zukommt«. Zum anderen habe die Wahl der Familienrepräsentanten in den Cortes eine »Polarisierung in politische Gruppen« befördert, »die allzu sehr an die alten Parteien erinnerte«. Vor diesem Hintergrund kam Cotorruelo zu einer äußerst pessimistischen Gegenwartsdiagnose:

»[D]as gegenwärtige politische Klima ist durch Inkohärenz, Irrationalität und einen totalen Prestigeverlust des politischen Systems gekennzeichnet, das sich nur aus einem einfachen Grund nicht in ein Chaos verwandelt, nämlich aufgrund der Autorität des aktuellen Regierungschefs, der seit 30 Jahren der einzige Dreh- und Angelpunkt ist, dank dem das Regime funktioniert. Für die Zukunft gibt es folglich keinerlei politische Garantie.«<sup>226</sup>

Drei Jahre später diagnostizierte auch der Industrieminister José María López de Letona die weiterhin »enthusiastische Zustimmung [des spanischen Volkes] zum Staatschef und sein unerschütterliches Vertrauen in ihn«.<sup>227</sup> Im Übrigen mache sich jedoch ein schwindelerregender Prestige- und Autoritätsverlust bemerkbar, der durch die »Pressefreiheit« und die Existenz einer »Opposition« in den Cortes beschleunigt werde. Da die Frage der politischen Vereinigungen weiterhin einer Lösung harre, so der Industrieminister, könne man von einem »Klima der Unzufriedenheit« und »offenkundiger Enttäuschung« sprechen. Die gelte sowohl in Hinblick auf die Regierung, die als »schwach« wahrgenommen werde, als auch hinsichtlich des »Movimiento«. Ferner habe der MATESA-Skandal dazu bei-

224 Informe de Agustín Cotorruelo, 9-IX-68, a Laureano López Rodó, S. 16, AGUN/LLR, 005/417/28.

225 Ebd., S. 6. Eine ähnliche Diagnose hatte einen Tag zuvor auch der Stellvertretende Planungskommissar und spätere Wohnungsbauminister Vicente Mortes formuliert: Situación política, 8.9.1968, S. 1, AGUN/LLR, 005/417/22.

226 Informe de Agustín Cotorruelo, 9-IX-68, a Laureano López Rodó, S. 16f.

227 Bericht zur innenpolitischen Lage von Industrieminister José María López de Letona an Luis Carrero Blanco und Franco, Madrid, 13.1.1971, S. 1, AGUN/LLR, 005/418/12.

getragen, das Bild einer »fahrlässigen Staatsverwaltung« zu zementieren.<sup>228</sup> Schließlich habe auch die wachsende Repression gegen oppositionelle Gruppierungen das Image des Regimes sowohl im In- als auch im Ausland unwiederbringlich beschädigt.<sup>229</sup> Dass lediglich der Diktator nicht von dieser allgemeinen Delegitimierung betroffen sei, führte López de Letona auf einen einfachen Grund zurück. Denn »niemand identifiziert den Staatschef mit dem Regierungschef, obwohl beide Ämter [von Franco] in Personalunion bekleidet werden. Das erlaubt eine gewisse Opposition zur Regierung, die mit einer vollkommenen Bejahung des *Caudillo* vereinbar ist.« Die Wahrnehmung, dass Franco nichts mit dem politischen Versagen des Regimes zu tun habe, habe folglich massiv dazu beigetragen, dass dessen »Charisma [...] im Laufe der Zeit nicht nur nicht abnimmt, sondern sogar größer wird.«<sup>230</sup>

## VI. SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Wie in diesem Beitrag gezeigt werden konnte, hatte sich die franquistische Herrschaftselite mit ihrer Partizipationsoffensive und den damit verbundenen Reformvorstößen des Jahres 1966 – die Lockerung der Pressezensur und die Schaffung der Familienrepräsentanten – selbst in Bedrängnis gebracht. Denn anders als intendiert, wurde die Propaganda um eine »politische Entwicklung« nicht lediglich als Ausbau des staatlich gesteuerten Partizipationsangebots gedeutet. Vielmehr zeigen die Diskussionen in der Presse und in den Cortes, dass es den Akteuren um eine effektivere Teilhabe der Bevölkerung ging – und das heißt um tatsächliche Mitbestimmung bei politischen Entscheidungsprozessen. In diesem Zusammenhang setzten sich zahlreiche Familienrepräsentanten und Journalisten zudem für eine Aufwertung der Cortes als unabhängige Legislative und Kontrollinstanz der Regierung ein.

Sowohl die Presse als auch die »unabhängigen« Familienvertreter traten dabei mit dem Anspruch auf, der Herrschaftselite die »Realität« und damit die wirklich drängenden politischen und gesellschaftlichen Probleme vermitteln zu können. Ihre Verbesserungsvorschläge und Alternativprogramme, aber auch die Forderungen nach einer tatsächlichen politischen Teilhabe untermauerten sie daher stets mit dem Verweis auf den »Volkswillen«. Dass es sich keineswegs um eine reine Selbstinszenierungsstrategie handelte, zeigt schon die Tatsache, dass einzelne Prokuratoren wie Eduardo Tarragona ihren Repräsentationsauftrag tatsächlich ernst nahmen.

Darüber hinaus berief man sich im Kampf um eine effektivere politische Mitbestimmung auf den »Willen des Führers«. Denn weil Franco den Demokratisierungsdiskurs des »Movimiento« aufgegriffen und sich damit die Rede von der Parallelität von »wirtschaftlicher« und »politischer Entwicklung« zu eigen gemacht hatte, verwandelte er sich insbesondere mit seinen Ansprachen aus den Jahren 1966 und 1967 unfreiwillig in eine »Ikone der Demokratisierung«. Dass der Diktator den rapiden Legitimationsschwund des Regimes ab Ende der 1960er-Jahre unbeschadet überstand, war folglich nicht nur darauf zurückzuführen, dass er sich zu diesem Zeitpunkt nahezu vollständig aus der Tagespolitik zurückgezogen hatte.<sup>231</sup> Auch die Tatsache, dass die Pressezensur in Hinblick auf seine Person bis zum Zusammenbruch der Diktatur (und darüber hinaus) funktionierte und jeglicher Verstoß dagegen aufs Schärfste bestraft wurde, erklärt diesen Umstand nicht angemessen. Vielmehr ist in diesem Beitrag deutlich geworden, dass sowohl die Presse als auch die Fa-

228 Ebd., S. 2 und 4f.

229 Vgl. ebd., S. 4.

230 Ebd., S. 5f.

231 Vgl. Paul Preston, *Franco. A Biography*, London 1990, S. 688f. und 699f.

milienprokuratoren einen Gutteil dazu beitragen, die kuriose Trennung zwischen einem demokratisierungswilligen Diktator und einer reformunfähigen Regierungs- und Parteielite zu zementieren.<sup>232</sup>

Dass es den Akteuren in der Medien- und Versammlungsöffentlichkeit tatsächlich gelang, Druck auf das Regime auszuüben und das Machtmonopol der Herrschaftselite zumindest in Ansätzen aufzubrechen, konnte am Beispiel des MATESA-Skandals gezeigt werden. An dieser Korruptionsaffäre wurde zugleich deutlich, wie weit die »politische Transformation der Öffentlichkeit« vorangeschritten war, die die franquistische Herrschaftselite selbst angestoßen hatte und schon zu diesem Zeitpunkt nur noch mit Mühe zu kontrollieren vermochte.<sup>233</sup> Auf diese Weise trugen sowohl die Presse als auch die »unabhängigen« *procuradores familiares* entscheidend dazu bei, das Regime immer stärker zu delegitimieren.

Die Frage, ob die Bezugnahme auf den vermeintlich an einer »Öffnung« interessierten Diktator reines Kalkül war oder tatsächlich geglaubt wurde, ist schwierig zu beantworten – und genau so schwer ist es, zu unterscheiden, ob die Akteure in Presse und Cortes an einer Delegitimierung des Regimes oder nicht vielmehr an einem Ausbau der »organischen Demokratie« interessiert waren. In der Forschungsliteratur wurde die wachsende Regimekritik in der Presse häufig generationell erklärt. So argumentierte Elisa Chuliá, dass 75% der zwischen 1963 und 1977 im staatlichen Register eingeschriebenen Journalisten nach 1930 geboren waren und die Hälfte von ihnen sogar nach 1945. Aufgrund der fehlenden Bürgerkriegserfahrung und der intensiveren Kontakte mit dem Ausland, so die Historikerin, sei die Regimepropaganda für diese neue, kritische Journalistengeneration bereits »Schnee von gestern« gewesen.<sup>234</sup> Auch wenn man dieser These zunächst intuitiv beipflichten würde, fallen sofort Gegenbeispiele ins Auge: Dies gilt etwa in Hinblick auf die zitierten Journalisten José Baró Quesada oder Santiago Nadal, der als Freiwilliger in der franquistischen Armee am Bürgerkrieg teilgenommen hatte.<sup>235</sup> Bei den »unabhängigen« Familienrepräsentanten überzeugen generationelle Erklärungsmuster überhaupt nicht: Zunächst waren die 1967 gewählten *procuradores familiares* im Durchschnitt nicht signifikant jünger als die übrigen Cortes-Abgeordneten.<sup>236</sup> Darüber hinaus hatte ein Großteil der in diesem Beitrag erwähnten Familienrepräsentanten im Bürgerkrieg aufseiten der Franquisten gekämpft.<sup>237</sup> Einige von ihnen wie beispielsweise Juan Manuel Fanjul bekleide-

---

232 Diese wachsende Unterscheidung zwischen »Führer« und Regierungs- beziehungsweise Parteielite findet sich analog im faschistischen Italien und im Nationalsozialismus. Vgl. Reichardt, *Faschistische Beteiligungsdiktaturen*, S. 151–154.

233 Bösch, *Öffentliche Geheimnisse*, S. 127.

234 Chuliá, *El poder y la palabra*, S. 192.

235 Vgl. die Nachrufe auf Nadal in *La Vanguardia Española*, 8.10.1974, sowie José Baró Quesada (1917–2015). *Periodista de muy temprana vocación*, in: *ABC Madrid*, 12.2.2015.

236 1968 betrug ihr Durchschnittsalter 47 Jahre (Prokuratoren der »Organización Sindical«: 51 Jahre; Prokuratoren der Lokalverwaltung: 50 Jahre; Nationalräte des »Movimiento«: 49 Jahre; von Franco ernannte Prokuratoren: 57 Jahre; Vertreter der Berufskörperschaften: 54 Jahre; Prokuratoren aus der Regierungselite: 59 Jahre). Das Durchschnittsalter der gesamten Kammer lag zu diesem Zeitpunkt bei 52 Jahren. Vgl. Díaz-Nosty, *Las Cortes de Franco*, S. 71 f.

237 Tarragona, Fanjul, Escudero Rueda und Peralta España hatten auf franquistischer Seite am Bürgerkrieg teilgenommen. Vgl. Fanjul Sedeño, *ex fiscal del Reino*, in: *El País*, 4.2.1989; Escudero y Rueda, Manuel María, in: *Quién es quién en las Cortes Españolas*, S. 333 f.; Peralta España, Luis, in: ebd., S. 724. Martínez Romero kämpfte während des Zweiten Weltkriegs in der »División Azul«. Vgl. José Martínez Romero, in: *Los candidatos por Cádiz*, in: *ABC Sevilla*, 30.9.1967.

ten danach Ämter im »Movimiento« oder in der Staatsverwaltung.<sup>238</sup> Auch der Blick auf die politische Laufbahn nach dem Zusammenbruch der Diktatur ist in diesem Zusammenhang interessant: So saß beispielsweise Eduardo Tarragona zwischen 1982 und 1986 als Abgeordneter der franquistischen Nachfolgepartei »Alianza Popular« im Abgeordnetenhaus.<sup>239</sup> Vor diesem Hintergrund verbietet sich eine vereinfachende Darstellung dieser Akteure als oppositionelle Regimefeinde, die bewusst an einer Destabilisierung der Diktatur gearbeitet hätten. Daher dürfen deren Anstrengungen für eine Ausweitung der politischen Mitsprache nicht teleologisch als Vorbereitung für die nach 1975 tatsächlich erfolgte Demokratisierung gelesen werden. Dennoch ist zu vermuten, dass die hier beschriebenen demokratischen Praktiken in der Medien- und Versammlungsöffentlichkeit ähnlich wie in anderen autoritären Systemen strukturelle Demokratisierungsprozesse anstießen, die der Transition zur parlamentarischen Monarchie nach dem Tod Francos den Weg ebneten.<sup>240</sup>

---

238 Fanjul war während des Bürgerkriegs Vizegeneralsekretär der FET y de las JONS und bis 1943 »consejero nacional« im Nationalrat des »Movimiento«. Vgl. Biografías y programas de los candidatos a procuradores, de representación familiar, por la provincia de Madrid, in: ABC Madrid, 28.9.1967. Er war der Sohn des bekannten Generals Joaquín Fanjul, der sich im Cuartel de la Montaña in Madrid dem franquistischen Putsch anschloss und nach dem Sturm auf die Kaserne am 20. Juli 1936 festgenommen und wenig später erschossen wurde. Vgl. *Helen Graham, The Spanish Republic at War 1936–1939*, Cambridge/New York etc. 2002, S. 93.

239 Vgl. Estos son los diputados de Cataluña, in: *La Vanguardia*, 15.11.1982.

240 Vgl. etwa *Margaret L. Anderson, Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000, und *Frank Bösch, Katalysator der Demokratisierung? Presse, Politik und Gesellschaft vor 1914*, in: *ders./Norbert Frei* (Hrsg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 25–47.